Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendenkuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 105. **Halle, Freitag den 10. Mai 1918.** **2. Jahrgang.**

Ueber 72000 Br.-Reg.-Tonnen versenkt.

Der Krieg zur See.

Berlin, 8. Mai. (Amtlich.) Ein aus dem Spergebiet um die Azoren zurückgekehrter Unterseekreuzer, Kommandant Korvettenkapitän Edelmann, hat dort neun wertvolle Dampfer und sieben Segler von 36 747 Bruttoregister-Tonnen sowie das italienische Hilfskriegsschiff Sicrope von 9500 Br.-R.-T., insgesamt Frachtraum von 46 247 Br.-R.-T. versenkt.

Unter den Schiffen befanden sich außer dem genannten Hilfskriegsschiff die bewaffneten italienischen Dampfer Lea (3395 Br.-R.-T.), Antiope Aecame (4439 BRT.), Prometeo (4455 Br.-R.-T.), Avala (3835 Br.-R.-T.), der bewaffnete englische Dampfer Harewood (4150 Br.-R.-T.), die englischen Segler Cecil Shave, Jorgina, Walanga, Frances und die portugiesische Bark Lusitania (329 Br.-R.-T.). Zwei 7,5-Zentimeter-Geschütze wurden erbeutet.

Die versenkten Ladungen bestanden, soweit festgestellt werden konnte, aus 9700 To. Getreide, 7500 To. Mehl, 5000 To. Reis, 6000 To. Messing und Draht, 11 000 To. Naphtha, 700 To. Baumwolle, 450 To. Salz, 200 Tonnen gesalzene Häute, 450 Tonnen Nutzhölzer. 45 Tonnen Messing wurden für die heimische Kriegswirtschaft mitgebracht.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants von Glasenapp stehende U-Boot hat in der stark bewachten Irischen See und deren Zufahrtsstraßen mit bestem Erfolg gearbeitet und dem Transportverkehr unserer Feinde neuerdings empfindlichen Abbruch getan. Durch umsichtige, energische Führung und kühnen Einsatz des Bootes gelang es dem Kommandanten, sieben Dampfer, zum Teil aus gesicherten Geleitzügen heraus — und drei Segelfahrzeuge mit zusammen über

sechsundzwanzigtausend B.R.T.

zu versenken.

Wertvolles Kriegsmaterial des Feindes und für die Kriegführung wichtige Rohstoffe — Kupfererz, Eisenerz, Kohlen, Kork usw.) wurden mit den Ladungen der Schiffe vernichtet.

Im einzelnen wurden folgende namentliche Feststellungen gemacht: Der bewaffnete englische Dampfer Laudonia (2504 BRT.), Ladung 3500 To. Eisenerz nach Glasgow, der Geschützführer des Dampfers gefangen eingebracht. Baron Hetries (1610 BRT.), Ladung 1600 To. Kupfererz, 2000 Ballen Kork nach Glasgow, der zweite Offizier des Dampfers gefangen eingebracht, ferner der englische Dampfer Katuna (4641 BRT.) und der englische Raaschuner Ethel mit Kohlenladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

In Flandern

hält der lebhafte Artilleriekampf nach wie vor an. Obwohl die Schlacht dort noch im vollen Gange ist, ist die Hoffnung der Entente, an dieser Stelle einen entscheidenden Waffensieg durch den Einsatz der Fochschen Reserven zu erzwingen, bisher nicht erfüllt. Die Niederlagen der Engländer und Franzosen haben die Manövrier-Armee Fochs zu immer größerer Verausgabung ihrer sorgsam zurückbehaltenen Bestände gezwungen und sie derart geschwächt, daß eine strategische Operation größeren Stils, die die Entscheidung bringen könnte, nicht mehr von ihr erwartet werden kann. Von dem französischen Angriff am 4. Mai, der mit einem völligen Mißerfolg des Angreifers endete, sind nähere Einzelheiten bekannt geworden, die beweisen, wie stark die Anstrengungen der Franzosen zur Wiedereroberung des Kemmel und wie schwer hierbei ihre Verluste waren.

Bei Bruloose griffen die Franzosen nach stärkstem Trommelfeuer sowohl vom Scherpenberg, als auch aus dem Nordteil von Loker heraus in mehreren dicht gedrängten Wellen einen vorspringenden Teil der deutschen Stellung an. Ihre Reserven folgten dicht auf und boten ein ausgezeichnetes Ziel für das deutsche Feuer. Der Erfolg war, daß der Feind stutzte und gleich darauf Kehrt machte, um fliehend seine Ausgangsstellung wieder zu gewinnen. Nur Teilen gelang es, diese zu erreichen, während der Rest im Zwischengelände tot oder verwundet liegen blieb. Unterdessen waren auch die aus dem Dorfe Loker selbst vorgehenden Franzosen in wirksamstes deutsches Feuer geraten, das verheerend in ihre Reihen schlug. Der Gegner wurde hier völlig zusammengeschossen. Die Wirkung war, daß die französische Sturminfanterie unter dem Eindruck des gewaltigen Feuers auseinanderlief, wobei die einheitliche Führung verloren ging; an anderen Stellen hatte sie sich wieder zu dichten Kolonnen zusammen, die vernichtend von unserem Feuer gefaßt wurden. Die Angriffskraft der Franzosen war gebrochen; was nicht frühzeitig zurückgeflutet war, blieb liegen oder verkroch sich in den Granattrichtern, um sich später zu ergeben.

Die Kämpfe am Mittwoch

Die Kämpfe am Mittwoch spielten sich wiederum auf den Hauptkampfplätzen in Flandern und an der Somme ab.

Größeren Umfang nahmen sie in Flandern in Gegend südwestlich Voormeezele und östlich des Dyver-Baches an. Hier brachte uns ein Stoß zur Verbesserung unserer Stellungen vollen Erfolg. Außer an 670 Gefangenen wurden ein Feldgeschütz, große Bestände an Artillerie-Munition, sowie zahlreiche Maschinengewehre erbeutet. Unter den Gefangenen befanden sich ein englischer und ein französischer Bataillonsführer. Die blutigen Verluste des Feindes waren äußerst schwer.

Gegen die neugewonnenen deutschen Stellungen steigerte sich das feindliche Artilleriefeuer im Laufe des Nachmittags zu immer größerer Stärke. Nach heftigstem Trommelfeuer setzte der Feind um 8 und um 11 Uhr abends zwei Gegenangriffe an, die trotz rücksichtslosen Einsatzes starker Kräfte, teils in unserem Abwehrfeuer, teils im Nahkampfe und Gegenstoß blutig scheiterten.

Während hier der deutsche Vorstoß voll gelang, hatte der Feind nach ausgiebiger Feuervorbereitung abermals seinen großangelegten Angriff gegen das Kemmelgelände angesetzt. Dieser französische Angriff, der anscheinend durch unseren Vorstoß auf den Raum beiderseits der Straße Reninghelst—Kemmel beschränkt wurde, scheiterte, soweit er nicht bereits in unserem Vernichtungsfeuer zusammenbrach, restlos im Nahkampf. Auch hier waren die Verluste des Feindes außerordentlich schwer. Zahlreiche Gefangene, die an dieser Stelle ebenfalls in deutsche Hand fielen, gehörten unter anderem zwei neu in Flandern eingesetzten französischen Divisionen an. Der immer weiteren Umfang annehmende französische Einsatz und die vergeblichen opferreichen Gegenangriffe tragen nur dazu bei, in immer höherem Maße die feindlichen Reserven zu schwächen. Am Lucebach und auf dem Westufer der Aore hielt ebenso starke Feuertätigkeit an. Ein feindlicher Vorstoß an der Straße Bray—Corbie blieb wiederum erfolglos. Bei Abwehr des australischen Angriffs beiderseits dieser Straße nahmen wir in der Nacht vom 7. zum 8. Mai 4 Offiziere und 41 Mann gefangen und brachten mehrere Maschinengewehre ein. In den wiederholten Angriffen haben hier vor allem die Australier schwer bluten müssen.

Deutscher Heeresbericht vom 9. Mai.

Großes Hauptquartier, 9. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ypern und Bailleul hielt tagsüber lebhafte Artillerietätigkeit an. Oertliche eigene Angriffe südlich von Dikkebusscher See hatten vollen Erfolg. Rheinische und bayrische Truppen stürmten in 2 Kilometer Breite stark ausgebaute feindliche Linien auf dem Ostufer des Dyver-Baches. Sie stießen hier anschreitend in einen französisch-englischen Angriff hinein und zerspl.tterten seine Kraft. Nur zu beiden Seiten der Straße Reninghelst—Kemmel kam der feindliche Angriff zu voller Entwicklung. Er wurde ebenso zurückgeschlagen wie Gegenangriffe gegen unsere neugewonnenen Stellungen. Wir machten 675 Gefangene von 6 französischen und 2 englischen Divisionen, die schwere blutige Verluste erlitten.

Bei Abwehr engl scher Vorstöße am Südufer der Lys, bei Bucquoy und südlich von Albert machten wir Gefangene. Bei dem gestrigen erfolglosen nächtlichen Angriff australischer Truppen an der Straße Corbie—Bray blieben 45 Gefangene, darunter 4 Offiziere, in unserer Hand. Nördlich vom Luce-Bach und auf dem Westufer der Avre blieb der Feuerkampf gesteigert.

Erfolgreiche Erkundungsvorstöße an mehreren Stellen der übrigen Front.

In den drei letzten Tagen verlor der Gegner im Luftkampf und durch Abschuß von der Erde aus 37 Flugzeuge. Oberleutnant Schleich schoß gestern drei feindliche Flugzeuge ab und errang damit seinen 26., 27. und 28. Luftsieg.

Osten.

Ukraine.

An der Nordküste des Asowschen Meeres stießen wir bis zur Don-Mündung vor und nahmen Rostow besetzt. Die Verhandlungen über die Festsetzung einer Demarkationslinie werden demnächst beginnen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Beim Vordringen im Yprnbogen

fanden die deutschen Truppen noch jetzt zahlreiche unbegrabene Engländerleichen aus den Kämpfen des vorigen Jahres. Bis weit hinter den bisherigen englischen Stellungen lagen zahllose Tote herum, oft noch in voller Ausrüstung, wie sie gefallen waren. Namentlich Poelkapelle und seine Umgebung blieben durch die vielen unbestatteten englischen Leichen aus dem Jahre 1917 ein grauenhaftes Bild.

Fliegerangriffe auf Zeebrügge.

Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Am 8 Mai mittags und abends griffen starke feindliche Fliegergeschwader die Mole und das Dorf Zeebrügge mit Bomben an, ohne militärischen Schaden anzurichten. Durch Fliegerbomben auf die Kirche von Zeebrügge wurden drei Belgier und zwei Kinder getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. An der Landfront des Marinekorps wurden von unseren Jagdfliegern zwei feindliche Flugzeuge, über See ein drittes abgeschossen.

Die Funker in der Schlacht am Jordan.

In dem Bericht über die schwere Niederlage, die die Engländer vor einigen Tagen zum zweitenmal auf dem Ostufer des Jordans erlitten haben, wurde besonders hervorgehoben, daß dank der Tätigkeit des Nachrichtendienstes rechtzeitig die Befehle der höheren Führung zum Herantransport von Verstärkungen ausgeführt werden konnten. Diese Feststellung deutet die außerordentlich wichtige Rolle an, die die Nachrichtentruppe bei der glücklich durchgeführten Unternehmung der verbündeten deutschen und türkischen Streitkräfte gespielt hat.

Unter den zur Verfügung stehenden Nachrichtenmitteln kamen fast ausschließlich die Funkenstationen für die Verwendung in dieser Art des Krieges in Betracht. Da die Bewegungen der Truppenverbände sich auf allen Teilen der Kampflinie mit größter Schnelligkeit vollziehen mußten, oblag den Funker-Abteilungen die schwere Aufgabe, mit ihren Stationen den hin und her geworfenen Verbänden zu folgen und mit ihren schnell errichteten und ebenso schnell wieder abgebauten Funkenmasten die Verbindung mit den Befehlsstellen und mit den anderen im Kampf stehenden Heereskörpern aufzunehmen. Da der Erfolg der zweiten Schlacht am Jordan zu einem erheblichen Teil der umfassenden Bewegung von Kavalleriemassen zu verdanken ist, und da gerade in dieser Art der Vorbereitung eines Erfolges viel auf das schnelle und sichere Arbeiten der Nachrichtenübermittlung ankommt, erhellt hieraus deutlich die Schwere der Aufgabe, die die Funker bei der Schwierigkeit des Geländes, den Unbilden der Witterung und der ständigen Bedrohung durch feindliche Artillerie und Reiter zu bewältigen hatten. Kaltlos und zäh haben sie auf ihrem Posten ausgehalten und den glücklichen Ausgang des Kampfes gewährleistet.

Bauernfeindschaft der Wahlrechtsgegner.

Von Otto Hue.

Wer etwa glaubt, die Beschlüsse des Blocks der Feinde des gleichen Wahlrechts zum preußischen Landtage richteten sich nur gegen die „noch nicht reife" Masse der Industriearbeiter und -Angestellten, der irrt sich sehr. Auch die größere Masse der kleinen und mittleren Landwirte, die eigentlichen Bauern, sollen entrechtet werden. Es ist für alle Fälle nützlich, die Tragweite der hierher gehörenden Kommissions- und Plenarbeschlüsse vor der breiten Oeffentlichkeit zu beleuchten.

Würde der § 3b in der Fassung des Plenarbeschlusses (Vorlage betr. Abgeordnetenhaus) vom 3. Mai Gesetzeskraft erhalten, so bekommen nur die Landwirte als solche eine Zusatzstimme bei der Abgeordnetenwahl, welche mindestens 8 Morgen Land (2 Hektar) bewirtschaften. Dies bedeutete, daß weit über 2 Millionen Besitzer oder Pächter landwirtschaftlicher Betriebe, oder rund 66 Proz. von der Gesamtheit, jene Zusatzstimme nicht erhalten können! Unsere Kleinbauern sind dann von dieser Zusatzstimme ausgeschlossen, mit dem besitzlosen Industrieproletariat entrichtet!

Der neuen Ersten Kammer, das jetzige „Herrenhaus", soll künftig nicht mehr durch „Peerschub" eine andere Mehrheit zugeführt werden, aber sie soll auch nicht mehr aufgelöst werden können! Unter dieser Aussicht gewinnt die geplante Zusammensetzung des „Herrenhauses" natürlich eine ganz außerordentliche Bedeutung für das Volk, zumal die Erste Kammer das Abgeordnetenhaus auch etatsrechtlich binden und knebeln soll. Darum zunächst folgende Feststellung von entscheidender Bedeutung: Die Kommissionsbeschlüsse des wahlrechtsfeindlichen Blocks — denen die wahlrechtsfeindliche Mehrheit im Plenum beitritt — sieht eine Gesamtbesetzung der Ersten Kammer von etwa 600 Mitgliedern vor (erbliche, auf Lebenszeit, von „Ständen" vorgeschlagene und vom König berufene (150). Von den etwa 450 schon bestimmten „Herren" (die genaue Zahl der berechtigten Königlichen Prinzen und ehemaligen „Reichsständigen" ist uns zur Zeit unbekannt) gehören mindestens 195 zum „Stande der Landwirte" oder ihrer verpflichteten Gefolgschaft, 72 sollen Industrie- und Handelsherren, 62 städtische Vertreter, 44 Schulen- und Kirchenpräsentanten, nur 18 Handwerker, 16 Arbeiter, 12 Angestellte und 12 Künstler, Techniker und „freie" Berufsvertreter sein. Da erfahrungsgemäß die Ratgeber der Krone ihr weit überwiegend die Berufung von großen Grundbesitzern und industriellen Unternehmern vorschlagen, wird die Berufung der „anheim gestellten" 150 zweifellos noch das Gewicht der Großagrarier und der mit ihr verbündeten Großindustriellen in der Ersten Kammer bedeutend verstärken. Der Landwirtschaft, mit der sich einschließlich Forstwirtschaft, Tierzucht und Gärtnerei im Jahre 1907 nur noch 28,6 Prozent der Bevölkerung (1882 noch 42,5 Prozent) beschäftigte, soll also dauernd eine überragende Vertretung im „Herrenhause" verschafft werden.

Wie aber diese „Vertretung der Landwirtschaft" beschaffen sein soll, das ist außerordentlich bezeichnend für die Bauernfeindschaft der preußischen Wahlrechtsfeinde. Von vornherein ist zweifellos, daß die „geborenen Herren" dem „Stande" der Großgrundherren angehören. Unter ihnen befinden sich hauptsächlich die Besitzer und Nutznießer der riesigen Latifundien, deren Umfang Tausende von Hektar umfaßt. Die vorgesehenen Vertreter der Provinzen, ländlichen Selbstverwaltungen und Landwirtschaftskammern werden sicherlich auch nicht der eigentlichen Bauernschaft entnommen. Dafür sorgen allein schon die „Vorschlagskörper" (Provinziallandtage und Kreistage), die bisher schon auf eine sorgfältige Auslese unter den Großgrundbesitzern oder allerhöchstens unter den Mittelbesitzern gehalten haben. Es ist eine alte Klage der kleinen und mittleren Bauern, daß sie infolge des komplizierten, indirekten Wahlsystems von der Entsendung einer angemessenen Zahl von Vertretern ihrer Gruppe in die Kreistage und Provinziallandtage, ebenso in Landwirtschaftskammern praktisch ausgeschlossen sind. Zukünftig wird das nicht besser sein.

Nun soll eine Repräsentantengruppe für das „Herrenhaus" geschaffen werden, die nach dem Kommissionsbeschluß (§ 4, Ziffer 5) 48 Besitzer solcher Landgüter bilden sollen, deren Umfang „mindestens 15 Hektar" umfassen muß; überdies soll der Besitz „bereits 50 Jahre" in Händen „derselben Familie" sein. Damit wäre, so behaupten die Konservativen aller Grade, dem kleinen und mittleren Bauern eine „angemessene" Vertretung gesichert.

Diese Behauptung ist aber durchaus unwahr! Denn es sollen die Hälfte dieser 48 nach § 10 wieder nur durch Besitzer von „mindestens 150 Hektar" (600 Morgen!) vorgeschlagen werden können; die andere Hälfte aber ist von Landwirten mit „mindestens 15 Hektar" vorzuschlagen. Besitzer von mindestens 600 Morgen gehören in Preußen alle zu der Klasse des größeren Mittelbesitzes, zu den Großbauern. Die Masse unserer Bauern gehört nicht einmal zu den Besitzerklassen zwischen 15 und 20 Hektar!

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 hatten nicht weniger als 77 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe je einen Umfang nur bis zu 5 Hektar (20 Morgen). Rechnen wir zu diesen Kleinbauern noch die Mittelbauern (17 Prozent aller Betriebe, Größe 5—20 Hektar), so kommen wir zu dem Resultat, daß die Konservativen und ihr Anhang die Absicht verfolgen, sämtliche Kleinbauern und auch den weitaus größten Teil der Mittelbauern von einer Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180510-13/fragment/page=0001

treiung im „Herrenhause" auszuschließen! Denn wie gesagt, allenfalls können 24 Besitzer von „mindestens 15 Hektar" als Landwirtsvertreter in das Herrenhaus einziehen, wenn der Vorschlagskörper, der nur Besitzer von 15—150 Hektar umfaßt, nur Mittelbauern repräsentiert. Daran ist aber gar nicht zu denken; hier werden die Großbauern den Vorzug haben.

Die Zahl der Kleinbauern (bis 5 Hektar Besitz oder Wachtung) steigt im westelbischen Preußen auf über 50 von je 100 landwirtschaftlichen Betriebsinhabern; in Hannover auf 50,6, in Westfalen 56, in der Rheinprovinz sogar auf 69,9. In letztgenannter Provinz gab es nach der letzten allgemeinen Zählung 69 143 landwirtschaftliche Hauptbetriebe mit je über 5 Hektar, 130 340 Betriebe aber waren geringeren Umfangs. Diese überwiegende Masse der Kleinbauern soll nach dem Beschluß des wahlrechtsfeindlichen Blocks dauernd ohne Vertretung im „Herrenhaus" bleiben! Dazu kommt noch die nach Hunderttausenden zählende Masse der mittleren Bauern, die je 5—15 Hektar bewirtschaften. Man darf also sagen, daß die gewaltige Majorität der Landwirte, die selbst auf ihrer Scholle tätig sind, auf deren Arbeit ein sehr wesentlicher Teil unserer Agrarproduktion, namentlich aber unsere wichtigste Kleinviehhaltung beruht, durch die konservativ-schwerliberalen Beschlüsse um eine Vertretung im „Herrenhaus" gebracht ist, wenn die Regierung dem zustimmt. Das ist die „Bauernfreundlichkeit" der konservativen Bayerischer Preußens.

Wir Sozialdemokraten haben dagegen beantragt, wenigstens jene 48 Vertreter der Landwirtschaft lediglich aus den Kreisen der Bauern zu entnehmen, die im Hauptberuf „nicht mehr als 20 Hektar" bewirtschaften. Wenn dieser Antrag angenommen würde, dann wäre dem kleinen und mittleren Bauern eine Herrenhausvertretung gesichert, die sich innerhalb gelegentlich geltend machen könnte gegenüber der feudalen Interessenwirtschaft der Großgrundbesitzer. Der Antrag fand aber keine Annahme im Dreiklassenparlament.

Dagegen ist es sicher, daß die 10 881 preußischen Großgrundbesitzer, die die Nutznießung von je über 200 Hektar ziehen, den überragenden Anteil der Herrenhäusler auch zukünftig haben werden. Ja, dieser Kreis der „berufensten Vertreter der Landwirtschaft" nach konservativer Meinung, ist noch viel enger. Die landwirtschaftliche Betriebszählung ergab in Preußen 340 latifundienartige Großgrundbetriebe im Umfang von je über 1000 Hektar (4000 Morgen). Von diesen befanden sich 336 in — Ostelbien natürlich. Und diese 340 Riesengüterbesitzer sollen und werden auch nach den Beschlüssen des wahlrechtsfeindlichen Blocks in der „neuorientierten" Ersten Kammer den Ton angeben. Sie sollen und werden dafür sorgen, daß ein mit konservierenden „Sicherungen" umzäuntes Abgeordnetenhaus an Händen und Füßen gebunden ist, selbst wenn der Regierungsvorschlag des gleichen Wahlrechts in dem jetzigen Landtag eine Mehrheit findet, wobei mit den proponierten Fesselungen gearbeitet wird.

Wie aber auch der Ausgang des Wahlrechtskampfes sein mag, es ist für alle Fälle wertvoll, klargestellt zu haben, wie die „Bauernfreundlichkeit" der Gegner des gleichen Wahlrechts aussieht. Sie ist praktisch eine rücksichtslose Entrechtung der größten Massen der eigentlichen Bauern zugunsten der großen Rittergutsbesitzer!

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung, Mittwoch, 8. Mai, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Stein.

Die Beratung über den

Etat des Reichswirtschaftsamts

wird fortgesetzt.

Abg. **Bartschat** (Freis. Vp.) protestiert dagegen, daß die 100 Millionen Mark Mehrbelastung durch Erhöhung der Renten den Versicherungsträgern, den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, auferlegt werden.

Unterstaatssekretär Dr. **Kaspar**: Die gewünschten Zurückstellungen der Gewerbeinspektoren vom Heeresdienst sind soweit wie möglich, von der Heeresverwaltung zugesagt worden. Den Schädigungen der Arbeiter bei der Herstellung von Explosivstoffen und durch giftige Gase wenden wir besondere Aufmerksamkeit zu. Die Auswahl der Berufskrankheiten, die Unfällen gleichzustellen wäre, ist sehr schwierig. Es handelt sich meist um Erkrankungen der Atmungsorgane, die auch im täglichen Leben vorkommen und es ist schwierig, den Zusammenhang mit dem Beruf nachzuweisen. Vielfach sind die Arbeiter auch, wenn sie die Folgen der Erkrankung spüren, bereits in einen anderen Betrieb übergegangen. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Wissell (Soz.):

Herr Dr. Kaspar hat eigentlich alle Anträge aus dem Hause abgelehnt. Seine Bedenken waren keinesfalls durchschlagend. Die Heraufsetzung der versicherungspflichtigen Grenze ist bei der Entwertung des Geldes unbedingt notwendig. Ebenso muß die Grenze für das Erlöschen der Versicherung wesentlich erhöht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Neufestsetzung der Ortslöhne und der landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverdienste wird schon seit Jahren gefordert. Zur Besserung der gegenwärtigen unhaltbaren rechtlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Reichsversicherungsordnung bedarf es nicht einmal einer Gesetzesänderung; hier genügt vielfach eine Bundesratsverordnung. Sehr bedauerlich ist, daß die Verordnung betreffend die Schädigung infolge Einatmung nitrierter Kohlenwasserstoffe sich nur auf die Hinterbliebenen beziehen soll. Es ist unbedingt notwendig, diesen Schutz auch auf die in ihrer Erwerbsfähigkeit Geschädigten selbst auszudehnen und auch die Schädigungen durch andere Giftstoffe einzubeziehen. (Sehr richtig b. d. Soz.) Der Bundesrat hat bereits vor acht Jahren das Recht bekommen, Gewerbekrankheiten Unfällen gleichzustellen, hat aber bisher noch in keinem einzigen Falle davon Gebrauch gemacht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gewiß liegen hier Schwierigkeiten vor, aber eine ganze Reihe Gewerbekrankheiten können heute schon ganz klar umgrenzt werden. Man scheut sich sogar, soweit von dem gewährten Recht Gebrauch zu machen, daß man die Verordnung zum Schutze der bei Verarbeitung von nitriertem Kohlenwasserstoff Geschädigten nicht auf die Reichsversicherungsordnung gestützt hat. Die Folge davon ist, daß privatrechtliche Haftpflichtansprüche gegen einzelne Unternehmer dadurch nicht ausgeschlossen worden sind, und wir haben auch in manchen Fällen mit solchen Ansprüchen schon Erfolg gehabt. Im übrigen ist diese Verordnung viel zu spät gekommen, denn diese Schädigungen bestehen schon seit Anfang 1915. In einem einzigen Vierteljahr sind in einer Fabrik hundert Personen bei dieser Beschäftigung zum Teil in schwerster Weise erkrankt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verbindung zwischen dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsversicherungsamt läßt offenbar viel zu wünschen übrig. Ein Beweis dafür ist auch, daß heute, wo der Etat des Reichsversicherungsamts zur Behandlung steht, keiner der Herren vom Reichsversicherungsamt hier anwesend ist. Ich bedauere das um so mehr, als ich

die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts kritisieren muß.

So hat sich z. B. das Reichsversicherungsamt auf den Standpunkt gestellt: eine Zustellung an einen im Heere befindlichen Verletzten kann an seine zu Hause gebliebene Ehefrau erfolgen. Das hat zur Folge, daß, wenn die Ehefrau in ihrer Unerfahrenheit nicht die nötigen Schritte tut, der im Heere Befindliche auf die Dauer seines Rechtes verlustig geht. Hier wäre eine Bestimmung notwendig, analog der des preußischen Finanzministers, wonach keine Steuerzustellung an einen im Felde Befindlichen wirksam wird, auch nicht, wenn sie der Ehefrau ausgehändigt wird. Ferner haben wir Fälle erlebt, in denen die Ehefrau eines zum Heeresdienst Eingezogenen durch einen Betriebsunfall getötet worden ist und die hinterbliebenen Kinder dieser Ehefrau dann keine Rente bekommen haben, weil nach dem Wortlaut der Reichsversicherungsordnung diese Rente an die Kinder nur dann gewährt werden kann, wenn es sich um die Ehefrau eines erwerbsunfähigen Mannes handelt. Das Reichsversicherungsamt sagt juristisch vollkommen mit Recht, der zum Heeresdienst Eingezogene ist körperlich nicht erwerbsunfähig. Die Vorschriften über die Erhaltung der Anwartschaft sind auch aus anderen Gründen reformbedürftig. So ist vom Reichsversicherungsamt der Anspruch eines Invaliden zurückgewiesen worden, der 25 Jahre ununterbrochen Marken geklebt hatte, nur weil er in den letzten zwei Jahren nicht die im Gesetz geforderten 20, sondern einige Marken weniger geklebt hatte. Juristisch unanfechtbar ist auch diese Entscheidung, aber ich muß sagen:

ein Recht, das derartiges zuläßt, verhöhnt gegen die guten Sitten.

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Im Gesetz über den Versicherungsvertrag haben wir die Vorschrift, daß schon nach dreijähriger Beitragszahlung ein erworbener Anspruch nicht mehr erlöschen kann. Hier aber erlöschen die Rechte selbst nach 25jähriger Beitragszahlung. (Hört, hört!) Dringend abänderungsbedürftig ist ferner der Zustand, daß der Bezug einer Unfallrente von 450 M. auch heute noch den Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente ausschließt. Die Frage, in welchen Fällen ein Rekurs zulässig ist, ist noch heute nicht geklärt. Und dann sollen sich die Arbeiter in dieser Rechtsprechung zurechtfinden! Die Generalkommission hat dem Reichswirtschaftsamt im Januar eine Eingabe überwiesen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Gehälter der Angestellten des Reichsversicherungsamts in keiner Weise mehr den Verhältnissen entsprechen. Von den dort gewährten Teuerungszulagen sind die Hilfsboten und Hilfsbotinnen aus unerklärlichen Gründen ausgeschlossen. Eine Antwort auf diese Eingabe haben wir bis heute noch nicht bekommen. Bei engerer Fühlungnahme des Reichsversicherungsamts mit Leuten, die im Versicherungsleben stehen, würde sich vieles anders gestalten. Ich hoffe, daß man in Zukunft im Reichswirtschaftsamt mehr vorausschauend arbeiten wird, daß ein sozialerer Geist in das Reichswirtschaftsamt einziehen wird. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Frhr. **vom Stein**: Der Vorredner hat darauf hingewiesen, daß im Laufe des Krieges sich Härten in der Durchführung der sozialen Versicherungsgesetze ergeben haben. Die Tatsache ist der Regierung bekannt. Die Regierung sucht Wege, weitherzig und ohne juristischen Formalismus diese Härten zu mildern. (Abg. Wissell: Sie findet nur keine!)

Beim **Aufschiksamt für Privatversicherung** bemerkt

Abg. **Neumann-Hofer** (Freis. Vp.): Die Privatversicherungsgesellschaften nehmen den Kriegsbeschädigten gegenüber, die ihren Beruf ausüben, häufig eine recht merkwürdige Stellung ein, die diesen die Konkurrenzfähigkeit erschwert. Hier muß auf Abhilfe Bedacht genommen werden.

Staatssekretär Freiherr **vom Stein**: Die Verhandlungen der Reichsverwaltung mit den Bundesregierungen über den Ausbau des Oberrheins nähern sich dem Abschluß. Auch die Verhandlungen mit der Schweiz über diesen Gegenstand werden mit freundnachbarlichem Entgegenkommen geführt.

Abg. **Liesching** (Freis. Vp.) bittet den Staatssekretär, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen.

Der Etat wird bewilligt, die Abstimmung über die beantragten Resolutionen wird bei der dritten Lesung erfolgen.

Es folgen Berichte des Ausschusses über Handel und Gewerbe über **Petitionen**.

Beim Bericht über die allgemeine Aussprache betreffend

Stillegung von Betrieben

ergreift das Wort

Abg. Krätzig (Soz.):

Die Textilindustrie ist vollständig lahmgelegt, so daß eine geradezu verzweifelte Stimmung in den beteiligten Kreisen herrscht. Mindestens vier Fünftel aller Betriebe liegen brach, und die Arbeitermassen dieser Industrie verelenden zusehends von Tag zu Tag. Nach dem Kriege wird infolgedessen eine qualifizierte Arbeiterschaft fehlen; ohne geeignete Arbeiter kann es aber auch keine leistungsfähige Produktion geben. Ich verstehe nicht, warum man die stillgelegten Betriebe der Textilindustrie nicht wieder zu gewinn der Industrie beteiligt, wie es in der Schuhindustrie geschieht. Dadurch werden auch die arbeitslosen Arbeiter über Wasser gehalten, und die qualifizierten Arbeiter werden nicht zur Abwanderung gezwungen.

In der Textilindustrie fehlen alle diese Maßnahmen, sie muß daher so zusammenbrechen, daß sie auch nach dem Kriege sich nicht wieder wird aufrichten können. Es wäre dringend nötig, daß das Reichswirtschaftsamt mit dafür sorgt, auch für die Textilindustrie eine Entschädigungskasse zu schaffen, damit die stillgelegten Betriebe nicht rettungslos zugrunde gehen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Neue Beunruhigung ist in die Kreise der Textilindustrie getragen durch die neuesten Vorgänge bei der Zellulose-Gesellschaft; Zellulose ist ein neues zukunftsreiches Garn, und alle Betriebe, die dieses Garn verarbeiten, sollen zu einem Syndikat zusammengeschlossen werden. Vorsitzender der Zellulose-Gesellschaft, die keine Erwerbsgesellschaft ist, ist Dr. Weber, Referent im Reichswirtschaftsamt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein solch neuer zukunftsreicher Ersatzstoff darf nicht Monopol einer kleinen Gruppe werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aehnlich ist es mit dem neuen Zellulose-Garn, das für die Webereien noch wichtiger ist; man sollte die Elberfelder Glanzstoff-Fabriken zwingen, bei dem Mangel an Ersatzstoffen diesen Stoff den stillgelegten Textilbetrieben zur Verfügung zu stellen. Das liege im Interesse der Politik der Erhaltung unserer Wirtschaft, wie sie Staatssekretär Delbrück befürwortet hat. Sein Nachfolger Seifferitz betrieb die verhängnisvolle Kongenpolitik, eine wahre Scherenpolitik für die Industrie. Und mit dieser verhängnisvollen Politik fährt man jetzt fort

und ruiniert das Textilgewerbe vollständig.

Es scheint, daß man die stillgelegten Betriebe ganz zertrümmern will, um dem Großkapital freie Bahn zu verschaffen. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß die Betriebe auch nach dem Kriege produktionsfähig bleiben. Zur Unterstützung der Forster arbeitslosen Textilarbeiter hat der deutsche Textilarbeiterverband über 40 000 M. auszahlen lassen und ebenso sind in anderen Orten Tausende von Textilarbeitern arbeitslos. Die Leute kommen körperlich vollständig herunter. Die Arbeiter, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, werden von den Behörden gezwungen, Arbeiten zu den niedrigsten Löhnen zu übernehmen. Das Reich darf es nicht dulden, daß eine blühende Industrie zugrunde geht. (Beifall b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Bericht über die Wohnungsfrage, Marineetat, Etat des Reichsschatzamts.)

Schluß 6 Uhr.

Die Weinsteuer.

In der 7. Sitzung des Getränkesteuer-Ausschusses wird die Spezialdiskussion bis § 13 des Entwurfes erledigt.

Zu § 1 des Entwurfs liegen Anträge vom Zentrum, den Nationalliberalen und den Fortschrittlern vor, welche nur eine Steuer von 10 Prozent zulassen wollen. Die Sozialdemokraten haben einen Eventualantrag in gleicher Richtung gestellt, weiter aber Freilassung der Obst- und Beerenweine verlangt und beantragt, daß Wein und Traubenmost im steuerpflichtigen Werte bis zu 4 M. das Liter unversteuert bleiben sollen.

Der Staatssekretär Graf von Rödern folgert aus Antrag und Ausführung der Sozialdemokraten, daß sie sich nicht mehr völlig ablehnend gegen indirekte Steuern verhalte. Eine Herabsetzung auf 10 Prozent und die weiteren Anträge werden den Ertrag aus der Weinsteuer fast auf Null herabsetzen. Die Schaumweinsteuer sehe nach dem Entwurf eine Besteuerung bis zu 75 Prozent des Wertes vor. Die Sorge um die Sicherung der Reichsfinanzen müssen alle Kreise zur Mitvollendung des Steuergesetzwerkes veranlassen.

Von sozialdemokratischer Seite wird auf die Ausführungen des Staatssekretärs bemerkt, daß die riesige Anhäufung von Reichtum in einzelnen Händen und das Streben, sich der Kriegs- und direkten Besteuerung zu entziehen, einen ungeahnten Anfauf von Luxuswaren, ja sogar zu einer Aufspeichelung von teuren Qualitätsweinen etc. geführt, der die Sozialdemokraten verpflichtet, diese Waren und Weine der Besteuerung mit zu unterstellen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, ebenso ein Antrag Hoegg, welcher den Ankauf von Keltertrauben entgegen der Bestimmung im § 9 auch Privaten zulassen will.

Angenommen wird der von allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen gestellte Antrag auf eine Besteuerung von 10 Prozent für alle Weine und weinähnlichen Getränke. Die Konservativen halten einen Antrag auf 15 Prozent vorbereitet, nach Bemerkungen des Reichsschatzsekretärs scheint die Regierung nicht abgeneigt, dieser Besteuerung zuzustimmen.

Von sachverständigen Mitgliedern der Kommission wurde die Berechnung der Produktion, des Importes nach dem Kriege und die in der Begründung des Entwurfes enthaltene Weinpreisberechnung als falsch bezeichnet und mithin auch die errechneten Steuerbeträge als unrichtig. Bei den weiteren Abstimmungen werden einige Milderungsanträge angenommen.

Vor Ypern's Fall.

Die Militärkritiker der französischen Presse bereiten das Publikum auf die Erneuerung des deutschen Angriffs vor. Ebenso wie englische Fachleute meint der Homme libre, daß die deutsche Offensive den ganzen Sommer hindurch dauern könne. Die Möglichkeit der Aufgabe Ypern's wird seit drei Tagen offen und in aller Ruhe besprochen; der Temps meint: die lange Verteidigung der Stadt sei lediglich Sache des Gefühls gewesen.

Die letzte Havasnote kündigt die bevorstehende Räumung Ypern's an. Die Note befürchtet, daß die Linie Clytto—Voormeezele durchbrochen werden könnte. Die Note erklärt, daß man in diesem Falle Ypern nicht mehr räumen könne, was jetzt ohne Schwierigkeiten getan werden kann. Der Feind sei allerdings bis jetzt nur an einigen Punkten eingedrungen.

Churchill als Kriegshetzer.

London, 8. Mai. (Reuter.) In einer Rede, die Churchill in einer Versammlung von Metallarbeitern hielt, sagte er, die Krise sei ernst und werde noch wochenlang dauern. Er habe aber das größte Vertrauen, daß England nie besiegt werden werde. Die Deutschen versuchten mit ihrer jetzigen Offensive, eine Armee zu vernichten, die fast so zahlreich und ebenso gut bewaffnet sei, wie die ihrige. Die Alliierten wollten nicht mehr, als sich den Deutschen gegenüber behaupten. Er glaube nicht, daß die Hilfsquellen der Deutschen ausreichen würden, um ihr ganzes Programm durchzuführen. Die französische und die britische Armee würden nie überwältigt werden, sondern sich den Sommer über in unerschütterter Front behaupten und mit ihren Kräften haushalten. Inzwischen kämen die Soldaten der Vereinigten Staaten so rasch herüber, als sie nur befördert werden könnten. Wenn England durchhalte, werde es das grausame System besiegen, das die Welt mit seinem Schrecken heimgesucht habe, und dann werde ein dauernder Friede gekommen sein.

Nieder mit Lloyd George!

Die von Tag zu Tag sich steigernde Erbitterung weiter Kreise der englischen Arbeiter gegen Lloyd George und seine Politik kommt in heftigen Angriffen zum Ausdruck, die sich neuerdings in jeder Nummer der Zeitschrift „Common sense" finden.

Nieder mit Lloyd George! Das ist die Ueberschrift, unter der die letzte Abrechnung mit dem Premierminister in dem Blatt erscheint. Von jeher ist dort die Auffassung vertreten, daß eine Entscheidung durch das Schwert nicht herbeigeführt werden könne; nur der Weg der Verständigung sei imstande, dem furchtbaren Ringen ein Ende zu setzen. Trotzdem aber habe Lloyd George und sein Kollege in Paris jedes Friedensangebot und jede Friedensvermittlung abgelehnt, in der Hoffnung auf eine für die Entente günstige Entscheidung durch die Waffen. Inzwischen aber wiesen Englands Verlustziffern Zahlen auf, die in der Geschichte des Landes unerhört seien. Lloyd George wolle jedoch unentwegt diese Tragödie fortsetzen, weil anscheinend seiner völlig verfehlten Politik immer noch nicht Menschenleben genug geopfert seien. Darum müsse immer wieder der Ruf erhoben werden: „Nieder mit Lloyd George!" Das Blatt spricht dann seine Genugtuung darüber aus, daß alle verständigen Arbeiter jetzt ihre Hoffnungen auf Lord Lansdowne setzten. Sobald allgemein offenbar würde, daß das Land mit Riesenschritten dem Untergang entgegen gehe, und wenn man in allen Kreisen einsähe, welch schweres Elend die Ländergier der Imperialisten, die alle Friedensmöglichkeiten ungenutzt vorübergehen ließen, über das Volk gebracht hätte, dann würde man die große staatsmännische Bedeutung Lansdownes anerkennen und ganz Europa würde auf ihn als auf den Retter aus der Not blicken. England müsse einen Gentleman an der Spitze der Regierung haben, an den sich ein österreichischer Minister wenden könne, ohne als Hunne oder Feigling beschimpft zu werden.

Lloyd George nochmals gerettet.

London, 9. Mai. (Reuter.) Unterhaus. Das Haus war gedrängt voll, als sich heute nachmittag Asquith erhob, um seinen Antrag auf Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung der in dem Briefe des Generals Maurice enthaltenen Angaben zu begründen. Die Logen der Gesandtschaften und der Lords sowie die Tribünen waren dicht besetzt. Unter den Besuchern befand sich auch der italienische Botschafter. Asquith erklärte, die in Wirklichkeit ganz einfache Angelegenheit scheine zu einem gutem Teil mißverstanden zu werden: Weder der Absicht nach, noch tatsächlich, sei sein Antrag ein Mißtrauensvotum für die Regierung. Wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, das Haus um die Annahme eines Mißtrauensvotum zu ersuchen, so würde er den Mut gehabt haben, dies in direkter und unzweideutiger Form zu tun. In bezug auf den Brief des Generals Maurice sagte er, Maurice müsse gewußt haben, daß er einen ernstlichen Bruch der Dienstvorschriften begehe und seine ganze militärische Zukunft gefährde. Asquith widersprach der Anregung einer Untersuchung durch zwei Richter und gab der Meinung Ausdruck, daß ein Schiedsgerichtsausschuß von fünf Abgeordneten wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen zu einer Entscheidung gelangen könnte.

London, 9. Mai. (Reuter.) Das Unterhaus hat den Antrag Asquiths mit 293 gegen 103 Stimmen abgelehnt.

Der Gefangenen-Austauschvertrag ratifiziert.

Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Die auf Grund der Berner Konferenz zwischen deutschen und französischen Delegierten am 25. April d. J. abgeschlossenen Vereinbarungen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen sind von beiden Regierungen genehmigt worden. Die Vereinbarungen werden am 15. Mai in Kraft treten; ihr Wortlaut wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Rumänen zum Friedensschluß.

Bukarest, 9. Mai. Der rumänische Minister des Innern, Constantin Arion, gewährte kurz nach der feierlichen Unterzeichnung des Friedensvertrages dem Vertreter der Lumina eine Unterredung, in der er u. a. erklärte: Der Friede von Bukarest

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180510-13/fragment/page=0002

ist das Ergebnis des mit so viel Leichtsinn und mangelhafter Vorbereitung geführten Krieges. Daher enthält er auch schmerzliche Abmachungen, vor allem in den territorialen Zugeständnissen. Aber dennoch ist für unser Land nach den mühevollen Verhandlungen eine wirtschaftliche Lage geschaffen worden, die ihm ein fruchtbares Arbeiten gestattet und seine Zukunft sicherstellt. Rumänien wird in der Zukunft allen kriegführenden Staaten gegenüber eine strenge, ehrliche Neutralität wahren. Der Abschluß des Friedens ist von der gesamten Bukarester Presse mit großer Befriedigung aufgenommen worden.

Zur amerikanischen Kriegführung.

Nach der Entrüstung, mit der die von deutscher Seite erfolgte Bloßstellung des amerikanischen Verfahrens, Flieger mit Hospitalschiffen nach Frankreich zu befördern, von Washington aus dementiert wird, ist die Aufdeckung dieses Völkerrechtsbruches den amerikanischen Vorkämpfern für Menschenrechte außerordentlich unangenehm. Allen Dementis gegenüber sei jedoch festgestellt, daß sämtliche im Raume einer Armee abgeschossenen amerikanischen Flieger unabhängig von einander die Auslagen machten, als Mitglieder der „American Ambulance field service" auf Hospitalschiffen nach Frankreich gekommen zu sein. Der am 4. April tödlich abgeschossene amerikanische Caporal Khynler Lee der 96. französischen Escadre de combat Nr. 1 hatte einen vom Minister des Aeußeren Lansing unterzeichneten Paß bei sich, in dem es heißt, daß er nach Frankreich gehe, um im französischen Krankenwesen Dienste zu tun. Es heißt wörtlich in dem Paß: „has declared that he desires this passport for use in visiting france for the object of hospital work".

Ein schwedischer Militärkritiker über die deutschen Armeen und ihre Gegner.

Stockholms Dagbladet vom 6. Mai äußert sich so:

Die Erfahrung aus früheren Kriegsjahren hat bewiesen, daß die deutschen Truppenkörper sehr große innere Festigkeit besitzen, welche bewirkt, daß sie leichter als andere neue Mannschaften sich eingliedern können. Man muß also damit rechnen, daß die Kampfkraft der deutschen Armee durch die bisherigen Kämpfe kaum irgendwelche Veränderung erlitten hat. Dagegen scheint festzustehen, daß die Verluste auf den Zusammenhalt der englischen Truppen stark eingewirkt haben. Dies geht daraus hervor, daß in gewissen Frontteilen französische Truppen in englische eingesetzt worden sind, um der ganzen Lage ein Rückgrat zu geben und daß die Bürde der Gegenangriffe in unverhältnismäßig hohem Maße auf den französischen Schultern und den Soldaten aus Kanada und Australien liegt. Von Fochs Manövrierarmee, dieser Eliteruppe im großen Maßstabe, der Blüte französischer Linieninfanterie, stehen sicherlich noch einige Teile zur Verfügung des Oberbefehlshabers. Aber die Ereignisse der letzten Wochen deuten darauf hin, daß diese immer kleiner und kleiner werden. Daß jetzt am Kemmelberge beste französische Truppen, darunter das berühmte 20. Korps, Fochs altes Eisenkorps, in rein lokale Angriffe anstatt in große Angriffsoperationen eingesetzt wurden, legt den Verdacht nahe, daß keine anderen Truppen mehr zur Verfügung stehen. Wenn also eine Verschiebung in der Stärke der lebenden Kampfkräfte eingetreten ist, scheint dies zugunsten der Deutschen geschehen zu sein.

Die schweizer Kohlennot.

Zürich, 10. Mai. Die Züricher Morgenpost spricht die Erwartung aus, daß die deutschen Forderungen wegender Verwendung deutscher Kohle, angesichts der Folgen für die Arbeitsfähigkeit der Schweizer Industrie, erheblich gemäßigt werden. Die Schlacht in Nordfrankreich rückt immer näher an das französische Kohlenbecken heran. Die Frachtraumnot bei der Entente wird immer drückender. Der eigene Bedarf geht den Ansprüchen der Neutralen vorran, aber Preise, wie sie in Italien, Frankreich und Spanien für englische Kohle bezahlt werden, seien für die Schweizer Industrie unerschwinglich.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Verfassungsausschuß des Reichstags

beriet den Entwurf betreffend Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in den größeren Reichstagswahlkreisen in erster Lesung durch. Zu § 5 (Wahlkreise in denen die Verhältniswahl zur Einführung gelangen soll), beantragten die Fortschrittler einen neuen § 5a. Danach soll, wenn die Zahl der auf einen Wahlkreis entfallenden Einwohner nach den beiden letzten allgemeinen Volkszählungen mehr als 300 000 beträgt, je ein neuer Abgeordneter bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 200 000 Einwohner auf Grund der Verhältniswahl zu wählen sein. Dieser Antrag wurde mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen, nachdem Unterstaatssekretär Lewald eine solche Ausdehnung des Gesetzes für bedenklich bezeichnet und ein Zentrumsredner als notwendige Folge bezeichnet hatte, daß bei Kleinerwerden von Wahlkreisen eine Zurückschraubung der Zahl der Abgeordneten eintreten müsse. § 6 (Wahlvorschläge) wurde angenommen unter Heraufsetzung der Mindestzahl der Wähler, die Wahlvorschläge einreichen dürfen, von 25 auf 50. Hinzugefügt wurde auf nationalliberalen Antrag die Bestimmung, daß vor der Aufstellung eines Bewerbers dessen Zustimmung erforderlich ist. Zu § 9 (Wahlhandlung) wurde, abweichend von der Regierungsvorlage, das System der gebundenen Listen beschlossen, entsprechend Anträgen der Fortschrittler und Sozialdemokraten. Als Befürworter der freien Listen traten nur die Konservativen auf.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags

wurde auf Grund von vorgebrachten Einzelfällen mildere Bestrafung der Vergehen gegen kriegswirtschaftliche Bewirtschaftungsverordnungen gefordert. Unterstaatssekretär Dr. Müller erklärte, diese Forderung könne das Kriegsernährungsamt nicht unterstützen, weil ein derartiges Wirken nicht zur Aufgabe dieses Amtes gehöre. Zu dem Strafverfahren gegen Neukölln bemerkte er, daß ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft bereits schwebte, als der Magistrat die bekannte Denkschrift einreichte. Soweit die Strafverfahren gegen Kommunalverbände sich auf Höchstpreisüberschreitungen stützen, werde ihnen durch die demnächst zur Veröffentlichung gelangende Neufassung der Preissteigerungsverordnung die gesetzliche Grundlage vielfach entzogen werden, weil dann der Käufer, der über den Höchstpreis einkauft, nicht mehr strafbar sei, vorausgesetzt allerdings, daß er nicht seinerseits die Ware weiter veräußert. Die Frühausdruschprämie werde beibehalten werden, weil sie sich im Vorjahre gut bewährt habe.

Ein Vorstoß gegen Hertling.

Unter dieser Spitzmarke behauptet der Berliner Lokal-Anzeiger, daß die vom Abgeordneten Erzberger im Haushaltausschuß des Reichstags vorgeschlagenen Richtlinien eine Spitze gegen den Kanzler haben sollen, die seinen Sturz herbeiführen müßte. In Wirklichkeit hatte man, als Abgeordneter Erzberger seine Forderungen aufstellte, den Eindruck, daß der Vorstoß gegen die Militärs gerichtet war, die ganz offensichtlich einen Druck auf die Reichsregierung ausüben, um Wünsche, die von gewisser Seite immer wieder geäußert werden, in die Tat umsetzen zu können. Richtig ist allerdings, daß Abgeordneter Dr. Stresemann sich scharf gegen diese Richtlinien wandte, weil sie so gedeutet werden könnten, als

ob ihre Spitze sich gegen die Regierung richtet. Das mag auch der Grund gewesen sein, daß diese Richtlinien nicht in die Form eines Antrages gekleidet und deshalb auch nicht zur Abstimmung gestellt wurden. Uebrigens wird abgewartet werden müssen, ob das Zentrum einen in dem Sinne dieser Richtlinien gehaltenen Antrag bei den Plenarberatungen im Reichstag einbringen wird. Der Eifer, mit dem sich die reaktionäre Presse jetzt für das Ministerium Payer-Hertling ins Zeug legt, wird nachgerade direkt verdächtig.

Zentrum und Wahlrecht.

Die Germania veröffentlicht am Mittwoch einen Artikel, in dem zunächst bedauert wird, daß die vom Zentrum eingereichten Verfassungs-Sicherungen abgelehnt worden sind. Letzten Endes laufe nun, trotz allen guten Willens der Regierung, Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden, die Sache auf eine Kraftprobe zwischen dem Kabinett Hertling-Friedberg und der Abgeordnetenmehrheit hinaus. Im Augenblick wäre nicht abzusehen, wie ein anderer Weg gefunden werden sollte. Der Behauptung des Vorwärts gegenüber, daß die Regierung jetzt gar nicht mehr in der Lage ist, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, bemerkt die Germania, daß es sich hier nur um einen Bluff handeln könne zu dem Zweck, eine neue halbamtliche oder amtliche Erklärung über die Absicht der Regierung zu provozieren. Schon die Tatsache, daß die Minister an den Beratungen des Abgeordnetenhauses weiter teilnehmen, beweise übrigens, daß von einer Krise gar nicht gesprochen werden könne. Der vom Vorwärts vorgeschlagene Weg der Reichsgesetzgebung sei für das Zentrum völlig ungangbar. Ein solcher Schritt würde niemals die Unterstützung der Reichstagsfraktion des Zentrums finden können. Der Artikel wendet sich dann mit lebhaftem Vorwurf gegen die Kurzsichtigkeit der Konservativen und schließt mit der Versicherung, daß die Beseitigung des gegenwärtigen überalteten Wahlrechts sich nicht aufhalten lassen könne. „Wir können nicht gegen den Strom der Zeit schwimmen, nur beizeiten in annehmbare Bahnen Ließe er sich lenken. Nicht lange mehr und es wird auch dazu zu spät sein."

Steuerhinterziehung.

Die Konstanzer Nachrichten machten in den letzten Aprilnummern Mitteilung davon, daß gegen den Kommerzienrat Ludwig Strohmeyer, den Inhaber einer bedeutenden Segeltuchweberei, ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung im Gange sei. Nicht mehr und nicht weniger als 6,8 Millionen Mark solle Strohmeyer nachzahlen. Darob großes Aufsehen. Die Presse hielt mit ihrem Urteil zurück, zumal von anderer Seite Versuche gemacht wurden, die Meldung der Konstanzer Nachrichten als unglaubwürdig hinzustellen. Jetzt ist die Sache aber auch in der Budgetkommission der Zweiten badischen Kammer zur Sprache gekommen. Die Vertreter sämtlicher Parteien haben ihre Genugtuung darüber ausgedrückt, daß es gelang, eine so große Steuerhinterziehung zu fassen. Unter keiner Bedingung dürfe etwa ein Nachlaß stattfinden; im Volke würde ein auch nur teilweises Zurückweichen große Erbitterung auslösen. Es müsse unbedingt ein Exempel statuiert werden. Die Strohmeyersche Steuerhinterziehung ist zweifellos nicht die einzige im Bodenser Lande, bei scharfem Nachsehen dürfte er zahlreiche Gesellschaft finden.

Deutsche Ansiedlung in den Ostseeprovinzen.

Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen bewilligte eine halbe Million zur Beteiligung an einer in der Gründung begriffenen Gesellschaft für deutsche Ansiedlung in den Ostseeprovinzen.

•

Korfanty als Reichstagskandidat.

Für die Reichstagsersatzwahl in Gleiwitz-Lublinitz ist der preußische Landtagsabgeordnete Korfanty von den Polen als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Seine Wahl darf als sicher gelten.

•

Der gemaßregelte Geistliche.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Koblenz, an Stelle des verstorbenen Abg. Weißstein, wollte das Zentrum den annexionistisch gesinnten General v. Steinäcker in den Reichstag bringen. Die mit dieser Kandidatur nicht einverstandenen Zentrumswähler haben den Pfarrer Greber auf den Schild, der dann auch als Sieger aus dem Wahlkampf hervorging. Das Zentrum hat es abgelehnt, den Pfarrer Greber in die Fraktion aufzunehmen und der Bischof von Trier hat den Pfarrer nunmehr seiner Funktionen enthoben, weil er sich, entgegen dem Wunsch seines Bischofs, in den Reichstag wählen ließ. Abg. Greber ist mittlerweile der Gruppe der elsässischen Zentrumsabgeordneten beigetreten.

Aus aller Welt.

Befangene Richter. Das Schöffengericht Köthe hatte am 15. März v. J. den Fensterputzer Wilhelm Krause aus Berlin in Bestätigung eines vorangegangenen Strafbefehls zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, wegen verbotenen Einkaufs beträchtlicher Mengen von Kalb- und Schweinefleisch, sowie Wurst und beschlagnahmtem Mehl. Krause beruhigte sich indes bei diesem Urteil nicht, legte vielmehr Berufung beim Landgericht Stendal ein, vor dem am 30. April Termin anstand. Die Verhandlung konnte jedoch nicht stattfinden, weil sämtliche Richter der Strafkammer sich für befangen erklärten.

Monsterprozeß gegen Eisenbahndiebe. Hannover, 8. Mai. In dem großen Prozeß gegen eine Reihe von im Eisenbahndienst beschäftigten Personen, die auf dem hiesigen Bahnhofe umfangreiche Güterberaubungen und Diebstähle verübt hatten, wurde heute nach siebentägiger Verhandlung das Urteil gesprochen. Im ganzen waren 65 Personen angeklagt. Von den Hauptbeteiligten wurde der Angeklagte Leimm zu vier Jahren, Leders zu zwei Jahr sechs Monaten und die Ehefrau Kaden zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus sowie je fünf Jahren Ehrverlust, der Angeklagte Dreyer zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten kamen mit Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu zwei Jahren davon. Neun wurden freigesprochen. Einer der Haupttäter hatte sich inzwischen im Gefängnis erhängt.

Brand eines Getreidespeichers. Berlin, 9. Mai. In dem Getreidespeicher des Gutes Großbeeren ist in der letzten Nacht um 2 Uhr ein Brand ausgebrochen. Von den dort lagernden 500 Tonnen Getreide, das seitens verschiedener Kommunalverbände zur Verwahlung in der mit dem Speicher verbundenen Mühle ausgeliefert war, ist etwa die Hälfte verbrannt, während die übrigen Mengen ebenso wie die im Speicher lagernden Mehlvorräte gerettet werden konnten. Die Ursache des Brandes ist noch nicht sicher aufgeklärt, ist aber wahrscheinlich Selbstentzündung. Der Speicher war Tag und Nacht bewacht. Die Wache war zuletzt um 1 Uhr nachts revidiert worden.

Letzte Nachrichten.

Wien. General Rennenkampf ermordet. Nach Meldungen hiesiger Blätter ist der russische General Rennenkampf von den Bolschewisten kürzlich in Taganrek ermordet worden.

Bukarest. Durch königliche Verordnung sind die beiden Kammern des rumänischen Parlaments aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind für die Zeit vom 1. bis 9. Juni ausgeschrieben. Die Kammern sollen am 17. Juni zusammentreten.

Rotterdam. Gestern sind wieder die Hospitalschiffe aus England mit 122 deutschen Austauschgefangenen und Zivilinternierten und 39 österreichischen Zivilinternierten angekommen.

Haag. Reuter meldet aus London: Im Unterhaus kündigt Stanley, Vorsitzender der Handelskammer, an, daß infolge Mangels an Eisenbahnmaterial der Verkehr um 40 Prozent eingeschränkt werden müsse. Diese Maßregel betrifft vorerst die Gemeinde London.

Madrid. Die Blätter melden, daß die Regierung demnächst die gesamte Handelsflotte mit Beschlag belegen werde.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Nudeln. Von Sonnabend an auf Marke 171 des Warenbezugscheins 15 jede Person 1/4 Pfund.

Eier. Sonnabend, vormittags von 8—1 Uhr Nr. 14 001—19 000, der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person zwei Stück für 33 Pfennig.

Kaffee-Ersatz. Die Inhaber der Gasthäuser, Gastwirtschaften, Konditoreien und ähnlichen Betrieben werden aufgefordert, am Sonnabend vorm. 8—12 1/2 Uhr im Zimmer 11 des städtischen Ernährungsamtes die Bezugsscheine für April und Mai abzuholen.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191805 10-13/fragment/page=0003

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Am Ministertisch: **von Eisenhardt-Rothe.**

Der Gesetzentwurf auf Abänderung des **Kommunalabgabengesetzes** (Altona) wird in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Hierauf wird die Beratung des Haushalts fortgesetzt bei der

Forstverwaltung.

Abg. von **Heuebeberger** (Kons.) führt Beschwerde über die Höhe der Holzpreise; dagegen sind die Wildpreise viel zu niedrig. Die Folge ist der Wildmangel in den Städten.

Abg. **Hue** (Soz.): Im Unterwesterwald- und Unterlahnkreise werden die von den Arbeitern sorgfältig bestellten Kartoffelfelder durch das Rot- und Schwarzwild verwüstet. Mit ihren Beschwerden sind sie seit langen Jahren bei den Behörden nicht durchgedrungen. Vorübergehend wurde mehr Wild abgeschossen, jetzt ist es wieder schlimmer. Auf eine von mir an das Kriegsernährungsamt gerichtete Eingabe bin ich ohne Nachricht geblieben. Wie denkt man sich Abhilfe und Entschädigung? Wegen des Vergnügens einiger Jagdherren kann man doch nicht das Wild uneingeschränkt den Leuten die Kartoffeln wegfressen lassen.

Abg. Dr. **von Wagna** (Freikons.): Die Forstverwaltung sollte neben der Buche und Esche auch mehr Weichholz pflanzen, vor allem Birke und Eller. Man solle von der Idee abkommen, daß die höheren Forstbeamten nur auf den Universitäten ausgebildet werden können. Die Poesie des Forstlebens wird mehr auf den kleinen Akademien gepflegt.

Abg. **Wenke** (Vp.) führt ebenfalls Beschwerde über die hohen Holzpreise, die nur auf willkürliche Preissteigerung zurückzuführen sind. Die Förster haben vielfach Anweisung, bei den Brennholzversteigerungen gleich mit der doppelten Taxe anzufangen. Der Schutz von Naturdenkmälern wird bei dem herrschenden Holzbedarf in den Forsten vernachlässigt. Die herrlichsten alten Bäume werden rücksichtslos geschlagen.

Abg. **Krüger**-Hoppenrade (Natl.): An die ärmere Bevölkerung sollte man Holz zu angemessenen Preisen abgeben. Solche große Wildschäden, über die von verschiedenen Seiten geklagt wird, sollten nicht mehr vorkommen.

Abg. **Ecke** (Zentr.): Die Vorschriften über das Beerensammeln sollten nicht zu streng sein, um der ärmeren Bevölkerung einen Verdienst zu ermöglichen.

Landwirtschaftsminister von **Eisenhardt-Rothe:** Die Anforderungen, die an die Lieferung von Brennholz gestellt worden sind, konnten im allgemeinen befriedigt werden. Die Schwierigkeiten lagen nur an der unzureichenden Abfuhr. Ueber die Aufhebung der Forstakademien von Eberswalde und Minden kann man verschiedener Meinung sein; jedenfalls aber ist an eine Aufhebung während des Kriegs nicht zu denken. Der Forstetat wird genehmigt und ein Antrag angenommen auf Holzlieferungen an die Gemeinden zur Beseitigung der Wohnungs- und Möbelnot.

Der Gesetzentwurf über die **Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer** wird in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die **Anrechnung des Kriegsdienstes der katholischen Pfarrer.**

Es folgt ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren der **Notare und Rechtsanwälte.** Es sollen $^{3}/_{10}$ der Gebühren und die Schreibgebühr von 20 auf 40 Pf. für die Seite erhöht werden.

Abg. **Grundmann** (Kons.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. **Barsch** (Vp.) beantragt eine Erhöhung der Schreibgebühr auch in anderen Fällen.

Abg. Dr. **Cohn.** (Vp.): Die Zahl der Notariatsgeschäfte ist erheblich zurückgegangen, deshalb ist die Gebührenerhöhung nötig.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung, einschließlich des fortschrittlichen Antrages, angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Beihilfen zu **Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden,** wonach weitere 200 Millionen Mark gefordert werden. Der Ausschuß hat die Erhöhung dieser Summe auf 300 Millionen beantragt, die vornehmlich an die Gemeinden gegeben werden sollen, die an Beamte und Arbeiter Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen gewährt haben.

Abg. **Schmilsan** (Vp.) erstattet den Bericht des Ausschusses. Die Gemeinden haben auf diesem Gebiet bisher 1678 Millionen aufgewendet, wovon ihnen nur zwei Drittel wiedererstattet werden.

Abg. **Itscherl** (Zentr.): Wir werden der Erhöhung auf 300 Millionen Mark zustimmen.

Abg. **Schmilsan** (Vp.): Diejenigen Gemeinden, die bisher ihren Beamten und Lehrern noch keine Teuerungszulagen gegeben haben, soll in die Lage versetzt werden, es doch zu tun. Die Regierung ist ja auch bereit, darauf hinzuwirken. Denn ohne die Gemeindebeamten könnte unsere ganze Kriegswirtschaft nicht fortgeführt werden.

Ein **Regierungsvertreter** erklärt die **Zustimmung der Regierung.** Die Abgg. Dr. **Meyer**-Hannover, Dr. von **Kries** (Kons.) sind mit der Erhöhung auf 300 Millionen einverstanden.

Auf Anregung des Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.) wird der fortschrittliche Antrag betr. gemeindliche Teuerungszulagen auch auf die Angestellten und Arbeiter ausgedehnt. Das Gesetz wird mit den Anträgen angenommen. Es folgt der Gesetzentwurf betr. **Anrechnung des Kriegsdienstes der Lehrer und Lehrerinnen** an den öffentlichen Volksschulen auf das **Besoldungsdienstalter.** Diese Angelegenheit soll durch königliche Verordnung geregelt werden.

Justizminister Dr. **Schmidt:** Die Lage derjenigen Anwärter, die nach Ableistung des Kriegsdienstes zurückkehren, ist naturgemäß eine üble. Die Staatsregierung hat ihr Möglichstes getan, um in Notfällen wirksame Abhilfe zu schaffen und wird dies auch weiter tun. Der Gesetzentwurf wird hierauf angenommen.

Der **Domänenetat** wird ohne weitere Erörterung genehmigt.

Die **Petition eines Gerichtsdieners** in Preußen soll als ungeeignet zur Erörterung im Plenum bezeichnet werden. Die Abgg. Dr. **Gottschalk** (Natl.) und **Kanzow** (Vp.) schildern den Tatbestand: Der Gerichtsdiener wurde von dem wahrscheinlich angeheiterten Bürgermeister angerempelt und ohne jeden Grund ins Gefängnis geworfen. Der Versuch des Gerichtsdieners, Genugtuung zu erhalten, blieb erfolglos. Die Petition wird hierauf zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu einer **Petition von Bergmannsfrauen** um Zuschuß zur Pension führt

Abg. **Hue** (Soz.) aus: Es sind geringe Pensionszulagen, den Invaliden, Witwen, Waisen um 1—5 M. monatlich seinerzeit bewilligt worden, aber inzwischen haben die Saarbergarbeiter in Würdigung der außerordentlichen Teuerung zweimal Lohnerhöhungen erhalten. Die durchschnittlichen Knappschaftspensionen im Saarrevier sind wahre Bettelpfennige, mit denen nicht einmal den vierten Teil des Monats ausgekommen werden kann, aber nicht den ganzen Monat. Die ganzen Knappschaftsverhältnisse sind äußerst rückständig, nicht durch die Schuld der Regierung übrigens, die sich um Besserung bemüht hat. Dabei werden den Reichsrentnern die so geringen Pensionszulagen noch abgezogen? Ich beantrage, um den völlig veränderten Umständen Rechnung zu tragen, die Petition nicht durch die Erklärung der Staatsregierung für erledigt zu erklären, sondern sie ihr zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. **Schmedding** (Zentr.): Eine nochmalige Beratung erscheint nach diesen Ausführungen angebracht, ich beantrage Zurückweisung an den Ausschuß.

Das Haus beschließt so.

Die übrigen Petitionen werden gemäß den Anträgen der Ausschüsse erledigt.

Freitag 11 Uhr: Etat des Abgeordnetenhauses, kleine Vorlagen, Eisenbahnanleihegesetz.

Schluß 4 Uhr.

Pfingst-Angebote!

Wir unterhalten noch in allen Abteilungen eine reichhaltige Auswahl

Herren- und Knaben-Kleidung

in neuzeitigen Farben und schicken Fassons.

Herren-Anzüge	85—	120—	165—	u. höher
Sport-Paletots	78—	105—	140—	u. höher
Jünglings-Anzüge	68—	79—	98—	u. höher
Knaben-Anzüge	45—	62—	78—	u. höher

Sommer-Kleidung!

in guten Qualitäten, günstige Preise.

Für Herren:

Wasch-Joppen, Lüster-Jacketts, Wasch-Anzüge, Tussor- und Lüster-Anzüge. Tennis-Anzüge, Tennis-Hosen.

Für Knaben:

Blusen-Anzüge, Jacken-Anzüge, Schlüpf-Anzüge, Anknöpf-Anzüge in gestreift und modefarbig, Blaue Leibchen, Knie- und Sport-Hosen.

Sport-Blusen, Sport-Gürtel.

Stroh- und Panama-Hüte

in grosser Auswahl. [1173

S. Weiss,

Leipziger Str. 105/06, Ecke Marktplatz.

Schuhe

werden mit **Lederstücken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100

Hoffmann, Schützenstr. 20.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier

kauft

Alb. Bode jun., Gesche Klausstr. 22.

Achtung! Hausfrauen!

Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für

100 Kilo	Strumpfwolle	160	M.
100 „	Orig. Lumpen	15—30	„
100 „	Neutuch	100	„
100 „	Knochen	10	„

[955

Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.

Alle Sorten **Felle und Roßhaare** höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab.

Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.

Tel. 6175. Alles wird streng reell gewogen. Tel. 6175.

Kauft das gute

zu haben:

in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt,

Dampf-Brotfabrik Halle a/S

Hörigerstr. 12 Fernsp. 1021.

Filialen: Hallmarkt, Sophienstr. 1.

Ammendorf: Bahnhofstrasse 8a.

In Freien Stunden

Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.

Preis 15 Pf.

Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Der Wahre Jacob

Nr. 2

Preis 15 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Dr. Ed. David MdR.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Brandfackeln. — Die Entente als Weltverteilungsfinnbikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Knaben-Waschanzüge

einzelne Hosen und **Blusen** in allen Größen, sehr preiswert. [1128

Knaben-Strohhüte

verschied. Formen in billiger u. großer Auswahl.

Knaben-, Schüler- und Soldaten-Mützen

in verschied. Farben . . . 5.75, 4.75, 95 Pf.

Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 11. Mai 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 1701—1750, } um 9 Uhr Nr. 1801—1850
„ 8 „ „ 1751—1800, }

Halle, den 9. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Freitag, den 10., Sonnabend, den 11., und Montag, den 13. Mai 1918,** bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 8. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Möbel

ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen.

Jetzt sehr große Auswahl.

Auf Wunsch Ratenzahlungen.

N. Fuchs

Möbel-Ausstattungs-Geschäft [945

Halle, Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Et.

Empfehle:

Gummisohlen

für Schuhmacher u. Händler.

Selten günstiges Angebot!

Absätze von 40 Pf. an.

Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Als Schneidermeister

empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.

O. Heimsath & Sohn, Steg 19.

Stadt-Theater

Sonnabend, 11. Mai 1918

Anfang 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr

Fladsmann als Erzieher.

Komödie von Otto Ernst.

Sonntag nachmitt.: **Kabale und Liebe,** abends: **Die Rose von Stambul.**

Jetzt neue echte [928

Möbel aller Art

Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Kuch.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt

R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Zoo

Sonntag, den 12. Mai:

Billiger Sonntag. [1174

Die Glocke

Sozialistisch. Wochenschau

Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3.50 M., empfiehlt die

Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schuhe und Stiefel

werden besohlt und repariert [900

Burgstraße 48, p. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180510-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 105. Halle, Freitag den 10. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 10. Mai 1918.

Halles Armenlasten.

Ein Körnchen „Sozialismus" stellt in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz dar, das bestimmt, daß im Falle der „Hilfsbedürftigkeit" eines Menschen die zuständige Gemeinde einzugreifen und ihm den notwendigsten Lebensunterhalt zu gewähren hat, daß also, mit andern Worten, niemand verhungern darf. Manche Orte, namentlich die kleinen, kommen freilich dieser Vorschrift in recht notdürftiger Weise nach, dagegen leisten in der Regel die großen Städte recht ansehnliches. Im allgemeinen haben die Armenlasten die Tendenz, zu steigen; eine Verminderung tritt in der Regel immer nur durch einen neuen, anderweitigen Ausbau der sozialen Fürsorge ein, wie z. B. Erweiterung der Arbeiterversicherung, Verbesserung der Kriegsfürsorge usw.

In den Stadt Halle stieg die Gesamtaufwendung an Armenunterstützung von 26 000 M. im Januar 1911 auf 80 600 M. im Januar 1913, 88 285 M. im Januar 1914 und 52 090 M. im November 1917. Das ist in der Zeit von sechs Jahren eine Verdoppelung. Das Jahr 1917 bringt eine Summe der gezahlten Unterstützungen von rund zwei Drittel Millionen Mark. Die Zahl der Unterstützung stieg vor dem Kriege fortgesetzt bis auf 8105 im Januar 1914, durch die Kriegsverhältnisse verminderte sie sich aber auf 6583 im November 1917. Die Ursache dieser Abnahme ist darin zu finden, daß viele früher Unterstützte bei der Knappheit von Arbeitskräften eine Beschäftigung gefunden haben oder Kriegs-Familien-Unterstützung beziehen. Wenn trotzdem die Summe der Armenunterstützungen stark zugenommen hat, so ist das auf die Erhöhung der einzelnen Unterstützungssätze zurückzuführen.

Der Hauptteil der Aufwendungen entfällt auf fortlaufende Unterstützungen (von der Summe im November 1917 waren es 42 289 M.), sodann auf Pflegegelder für untergebrachte Pflegekinder (8150 M.), und auf außerordentliche Beihilfen (1650 M.). Unter den unterstützten Personen stehen die Kinder obenan; im November 1917 waren es 3141 Kinder, 2650 Frauen und rund 800 Männer.

Interessant sind die Angaben über die Ursachen der Unterstützung. Im November 1917 geschah diese in 1211 Fällen wegen Krankheit und Gebrechen, in 427 Fällen wegen Altersschwäche, 215 Fällen wegen geringen Verdienstes, 189 Fällen wegen großer Kinderzahl, 174 Fällen wegen Abwesenheit des Ernährers, 160 Fällen wegen Arbeitsscheu und Trunksucht, 104 Fällen wegen Strafverbüßung des Ernährers usw. Auch über den Beruf der Unterstützten wurden Aufzeichnungen gemacht. Obenan stehen hier die „häuslichen Dienste". In der Hauptsache handelt es sich dabei um alleinstehende ältere Frauen, die früher dem Dienstbotenstande angehörten, oder um Witwen, die noch eine Aufwartung usw. besorgen. Dem Handelsgewerbe gehörten 104, der Papierindustrie 63 an. Ohne Beruf waren 832.

Es ist jedenfalls ein trauriges Kapitel, das der Armenfürsorge. Durch Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Einrichtungen müssen wir bestrebt sein, die Armenfürsorge überhaupt aus der Welt zu schaffen. Bis dahin sind der Durchführung der Fürsorge noch viele Härten abzustreifen.

Das Handwerk zur Kohlennot.

Der Hallesche Handwerksmeisterverein hat kürzlich beschlossen, sich wegen der angeordneten knapperen Kohlenversorgung mit einer Eingabe sowohl an die Ortskohlenstelle wie an den Reichskommissar für Kohlenversorgung zu wenden. Diese Eingabe liegt jetzt vor und besagt in der Hauptsache folgendes:

„Nach einer Verfügung der hiesigen Ortskohlenstelle sind den Hallenschen Haushaltungen ohne Rücksicht auf die Größe oder Art, ob lediglich Familienhaushalt oder solcher mit Gewerbebetrieb vorhanden vorliegt) für die sechs Monate April bis inklusive September im ganzen 10 Zentner Briketts zugestanden worden. Die meisten Haushaltungen sind, da dieselben im Winter nicht genügend bellefiert werden konnten, ohne Reserven. Sofern ein Gasherd oder Grudeofen vorhanden, ist in Aussicht genommen, von diesen 10 Zentnern noch 5 Zentner auf den Winterbedarf anzurechnen. Da das Gas aber zur Zeit von so zweifelhafter Güte und in der Heizkraft völlig minderwertig ist, dazu auch der Gasverbrauch um 20 Prozent gegen normale Zeiten verkürzt und ein unausbleiblicher Mehrverbrauch hoch bestraft wird, dürfte Gasfeuerung nicht wesentlich in Frage kommen, der Kohlenstelle aber trotzdem das Recht geben, den Kohlenbedarf zu vermindern. Da 10 Zentner Briketts etwa 800 Steinen entsprechen, können für die Bereitung der Speisen für den Tag sage und schreibe 4½ Brikett verbraucht werden. Mit dieser Anzahl müssen aber auch noch viele Gewerbetreibende wie Schneider, Buchbinder, Maler, Maurer, Schuhmacher, Tischler usw. die Beheizung ihrer Arbeitsgeräte, Materialien und Werkzeuge, andre wieder, wie Graveure, Zeichner, Schreiber, Mechaniker, Optiker usw., da dieselben mit erstarrten Fingern unfähig zur Arbeit sind, ihre Arbeitsräume beheizen. Daß es da unmöglich ist, einen geordneten Gewerbebetrieb aufrecht zu erhalten, braucht wohl nicht noch bewiesen zu werden. Der Mangel an Lebensmitteln zwingt aber dazu, die noch vorhandenen nach Möglichkeit aufzuschließen, was nur durch andauerndes Zerkochen geschehen kann, und daß dazu 4½ Brikett nicht genügen, liegt doch außer Beweis.

Mit dem 1. Oktober soll nun nach Anordnung hiesiger Ortskohlenstelle die Winterversorgung einsetzen, und sind dazu für die sechs Restmonate 25 Zentner zur Verfügung gestellt. Da sich nun aber doch im Winter die Speisen nicht von selber kochen werden, müssen von diesen 25 Zentnern doch mindestens erst einmal die freilich als völlig unzureichend bewiesenen 10 Zentner Küchenkohlen abgezogen werden. Es verbleiben dann 15 Zentner oder 1200 Briketts, was auf den Tag knapp 7 Briketts ausmacht. Wer mit diesen 7 Briketts einen Berliner Ofen auch nur anheizen könnte, müßte erst noch geboren werden. Stehen aber gar nur eiserne Öfen zur Verfügung, so ist das zugestandene Maß in den ersten drei Stunden erschöpft. Da nun auch zu Studienzwecken Schularbeiten, Bücherordnen usw., was vielfach erst in den Abendstunden geschehen kann, geheizte Zimmer nötig sind, braucht auch hier das völlig Unausstömmliche nicht erst bewiesen zu werden.

Wie denkt man sich bei diesen Zuweisungen die Wäschen, bei denen allein je ½ Zentner zum Verbrauch kommt, auszuführen? Das Resultat einer derartig schablonenhaften Verteilung werden unstreitig mangelhafte, unverdaulich zubereitete Speisen, kalte Stuben und Werkstatträume, unausbleibliche Ernährungsstörungen, Mißmut, Verdruß, Erkrankungen und schwere Betriebsstörungen sein. Gewiß ist bei uns der Wunsch und die Absicht des Durchhaltens vorhanden, man sollte aber mit derartigen Verfügungen nicht unnötig Beunruhigung und Aufregung in die Bevölkerung tragen und das Durchhalten erschweren. Das bisher geübte Stillschweigen über die Lieferung der gewerblichen Kohlen verursacht gleichfalls ein peinliches Unbehagen, weil niemand weiß, wann dieselbe einsetzen wird. Soll dieselbe erst wieder, wie im Vorjahre zu später Zeit erfolgen, so ist erst recht zu befürchten, daß dann ein Kohlenmangel unausbleiblich ist. . . . . .

Die Kohlenzuweisungen müssen aber mindestens auf die Höhe des Vorjahres bemessen werden, sollen schwere Schädigungen, als schon an und für sich vorhanden, nicht weiter eintreten."

---

* **Der Ausschuß für die Fragen der Volksvermehrung** hält in Verbindung mit den angeschlossenen und befreundeten Vereinen sowie sonstigen Freunden am 23. Mai in Halle eine Versammlung mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Bericht über den Ausschuß; 2. die Tätigkeit des Bevölkerungsausschusses des Reichstages im letzten Jahre (Reichstagsabgeordneter D. Mumm-Berlin); 3. Grundzüge einer Sexualethik (Konsistorialrat D. v. Rhoden-Spören); 4. Aussprache.

* **Zur Fürsorge für geisteskrank gewordene Heeresangehörige der Unterklassen** hat das Kriegsministerium eine besondere Anordnung erlassen. Wenn ein Soldat auf diese Weise nach militärärztlichem Urteil geschäftsunfähig geworden und für ihn ein Vormund oder Pfleger noch nicht bestellt ist, hat der Truppenteil bei Einleitung des Entlassungsverfahrens die Bestellung eines Vormundes bei dem Amtsgericht anzuregen. Die Entlassung darf erst erfolgen, nachdem ein Vormund bestellt oder der Mann für geschäftsfähig erklärt ist. Neben den Versorgungsgebührnissen sind u. a. Unterstützungen zu gewähren, bei Dienstbeschädigung unter wohlwollendster Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse. Bei bedingter Rente soll deren Summe und die Unterstützung für die Anstaltskosten ausreichen. Ist Kriegsdienstbeschädigung aus Anlaß des Krieges anerkannt, so kommt auch eine Zusatzrente in Frage. Unter den Anstaltskosten sind die Kosten der Anstaltsklasse zu verstehen, die den bürgerlichen Verhältnissen des Kranken und mindestens der Klasse entsprechen, in der er während seiner Zugehörigkeit zum aktiven Heer untergebracht war. Eine Klasse, die nur der Armenpflege entspricht, bleibt grundsätzlich außer Betracht. Zu den Anstaltskosten gehören auch die Nebenkosten.

* **Das Erholungsheim für kriegsbeschädigte Akademiker,** das der Akademische Hilfsbund in Helmstedt geschaffen hat — wir berichteten schon vor einiger Zeit darüber — soll am 11. Mai eröffnet werden. Damit tritt eine soziale Gründung in die Oeffentlichkeit, die als erste ihrer Art bezeichnet werden muß. Die Helmstedter Burse", das Gebäude des Erholungsheims, ist ein prächtiges großes Bauwerk, inmitten eines großen Parkes gelegen. Hochherzige Stiftungen, die fast ausnahmslos von Akademikern dargeboten wurden, ermöglichen es dem Akademischen Hilfsbund, allen Ansprüchen an eine schöne und zweckmäßige Einrichtung zu genügen. Die umfangreiche Studienbibliothek ist eine Stiftung Hallenser Akademiker. Die Eigenart der Burse besteht in der planmäßigen Veranstaltung von fachwissenschaftlichen und allgemeinbildenden Vorträgen, Kursen und Repetitorien, die den der Arbeit entwöhnten Kriegsteilnehmer die Verbindung mit dem Berufe wiederbringen sollen. Wenn nach Jahren die Fürsorge für kriegsbeschädigte Akademiker ihre Aufgabe erfüllt haben wird, soll die Helmstedter Burse den erholungsbedürftigen und kranken Akademikern eine Zufluchtsstätte bleiben.

* **Vertriebsregelung guter und preiswerter Holzsandalen.** Die warmen Tage des Sommers werden weitere Kreise veranlassen, neben anderem Kriegsschuhwerk besonders auch zu Holzsandalen zu greifen. Leider wurden bislang noch viele Arten von Sandalen in den Verkehr gebracht, die höchst unzweckmäßig und zum Teil auch übermäßig teuer waren. Um das Publikum vor derartigem Schuhwerk zu schützen, die Verbreitung preiswerter, der Gesundheit zuträglicher Holzsandal zu fördern und einer Verschwendung wertvoller Rohstoffe vorzubeugen, hat jetzt die Reichsstelle für Schuhversorgung eine Bekanntmachung erlassen, die den Verkehr mit allen Holzschuhen und Holzsandalen regelt, ausgenommen jenes Schuhwerk, das schon den Anordnungen des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie unterworfen ist, und die sogenannten Klumpen, bezüglich deren besondere Bestimmungen vorbehalten sind. Danach dürfen vom 5. Mai an nur noch solche Holzschuhe und Holzsandalen vom Hersteller vertrieben werden, deren Muster zuvor von der Reichsstelle für Schuhversorgung genehmigt sind; der Verkauf darf nur stattfinden zu Preisen, die von der Reichsstelle für Schuhversorgung festgesetzt sind und die den Schuhen oder Stiefeln aufgestempelt werden müssen. Lieferungsverträge, die bereits zu einem höheren Preise abgeschlossen wurden, gelten, soweit die Lieferung noch nicht erfolgt ist, als zu den festgesetzten Preisen abgeschlossen. Für diejenigen Holzschuhe und Holzsandalen, mit deren Herstellung am 5. Mai bereits begonnen war, muß bis spätestens den 12. Mai um Genehmigung nachgesucht werden. In diesem Falle dürfen die Erzeugnisse bis zum Entscheid der Reichsstelle für Schuhversorgung noch in der bisherigen Art weiterverbrieben werden. Holzschuhe und Holzsandalen, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind ebenso wie inländische Erzeugnisse der Genehmigung und der Preisfestsetzung durch die Reichsstelle für Schuhversorgung unterworfen. Nach Durchführung dieser Neuregelung wird die Bevölkerung mit größerem Vertrauen als bisher Holzschuhe und Holzsandalen kaufen können, was ihrer Verbreitung, zumal sie bedarfsschonfrei sind, sicherlich zugute kommen wird. Es ist auch zu hoffen, daß die Schuhwarenhändler zweckmäßige Holzsandalen in reichlichem Maße erhalten, und daß so Bezugsschwierigkeiten vermieden werden.

* **Mißbrauch der Feuerwehr.** Im April ist nicht weniger als siebenmal — sechsmal nachts und einmal am Tage — durch böswillige Benutzung öffentlicher Feuermelder die hiesige Feuerwehr alarmiert worden. Abgesehen von der Belästigung der Wehr wird durch solche mutwillige Alarmierungen das jetzt schwer zu beschaffende Material unnötigerweise erheblich abgenutzt und die Gebrauchsfähigkeit der Fahrzeuge für Ernstfälle in Frage gestellt. Es wird daher von der Polizei abermals darauf hingewiesen, daß das unbefugte Herbeirufen der Feuerwehr strenge bestraft wird. An die Bürgerschaft ergeht die Bitte, die Nachforschungen der Polizei nach den Tätern möglichst zu unterstützen, um deren Bestrafung herbeiführen zu können.

* **Gesperrt.** Zur Herstellung von Sandfangleitungen ist der Verbindungsweg zwischen Dessauer Straße und Tierarzt seit 7. Mai auf 10 Tage für den Fahr- und Reiterverkehr gesperrt.

* **Sparkasse der Stadt Halle.** Vom 1. bis 30. April gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. März 74 739 256.04 Mark (gegen 60 572 868.62 M. im Vorjahre), Einzahlungen vom 1. bis 30. April 4 382 439.20 M. (gegen 2 474 478.86 M. im Vorjahre), zusammen: 79 121 695.24 M. (gegen 63 047 347.48 M. im Vorjahre). Rückzahlungen vom 1. bis 30. April 4 849 642.40 M. (gegen 3 956 120.11 Mark), Bestand am 30. April 74 272 052.84 M. (gegen 59 091 227.37 Mark im Vorjahre).

* **Der unentgeltliche Schwimmunterricht an die Kinder der Volksschulen,** für den die Stadtverwaltung erstmalig 6000 Mark Kosten angesetzt hat, wird seit Anfang dieser Woche jeden Vormittag im Stadtbad abgehalten. Wie zu erwarten war, ist die Teilnahme der Kinder daran überaus rege, so daß unter den sich Meldenden eine Auswahl getroffen werden mußte. Es sind zunächst 384 Knaben und 72 Mädchen der 1. und 2. Klassen, in erster Linie Konfirmanden, ausgewählt und zum Unterricht bestimmt worden. Die Teilnehmer sind in Gruppen von je 82 Knaben und 6 Mädchen eingeteilt, die wöchentlich je zweimal: Montags und Donnerstags, Dienstags und Freitags oder Mittwochs und Sonnabends jedesmal eine Stunde im Schwimmen unterwiesen werden. Auf jeden Vormittag entfallen 4 Knaben- und 4 Mädchengruppen. Der Unterricht soll auch während der Sommerferien durchgeführt werden, so daß mit der Zeit auch die jetzt noch nicht herangezogenen

---

Handel und Wandel.

31] Von F. W. Hackländer.

16.

Krankheit.

Nach jenem Vor- und Unfalle in der Domkirche fiel ich, wie gesagt, in einen tiefen Schlaf, wobei die gespenstischen Träume, die mich vor dem Muttergottesbilde im Chorstuhle umwebt, sich fortspannen. Allmählich aber wurden sie leichter, ruhiger, und wenn ich hier und da die Augen öffnete, erschienen vor mir dickbäuchige und langhalsige Medizinflaschen, die alsdann in meinen Phantasien Ruhe predigend und das wilde Volk besänftigend wieder vorkamen. Diese Flaschen mit ihrem dunkelbraunen, fast schwarzen Saft und mit der weißen Etikette am Halse erschienen mir wie würdige Pfarrherren, vor dem bösen wilden Volke predigend. Ich lag in der Stube bei meiner Tante, die ich auch vor meinem Eintritt in das Reißmehlsche Haus bewohnt hatte, und noch und noch übten die wohlbekannten alten Gerätschaften eine wohltätige Macht auf mich und führten mein Bewußtsein allmählich zurück. Von meinem Bette aus konnte ich die beiden Fenster der Stube sehen, vor denen Vorhänge hingen, die mit wunderbaren Landschaften bemalt waren. Auf dem einen Bilde erhob sich hinten ein großer Fels, der ein stattliches Schloß mit hohen Mauern und Türmen trug. Unten war ein breiter Fluß, auf dem Leute in einem Nachen fuhren, und daneben zog sich zum Schlosse ein Hohlweg hinauf, auf dem eine Schar Ritter und Reisige vollkommen geharnischt einzog. Der andere Vorhang stellte einen anmutigen Talgrund vor, in dem sich eine Mühle befand. Das Wasser sprühte über das Wehr hinab und das Rad der Mühle war so natürlich dargestellt, daß man glauben konnte, es drehe sich wirklich um. Im Fenster lag der Müller mit einer spitzen Mütze auf dem Kopf und rauchte aus einer kurzen Pfeife. Vor der Mühle war ein Garten, in dem ein paar Kinder spielten, und diese stille Szene umzog dichter finsterer Hochwald, vor dem hier und da ein Hirsch oder ein Reh stand.

Auf diesen Gemälden konnte ich jeden Stein und jeden Baum; ich wußte sogar mehr, als wirklich darauf zu sehen war. Dort, wo sich noch dem Schlosse hinauf der Hohlweg hinter dem Berge verlor, sah ich im Geiste ganz deutlich die Fortsetzung desselben. Dort zogen schon andere Heerhaufen dem zurückkehrenden Ritter voran. Und wie ich mir die Aussicht von den Zinnen der Burg droben und das dahinterliegende Tal malte — etwas Schöneres konnte es auf der ganzen Erde nicht geben. Viel lieber aber war mir die Mühle; für sie hatte ich aus den Erzählungen meiner Tante einen reellen Anhaltspunkt, den ich nach Belieben ausmalen konnte.

Schon oft hatte sie nämlich von einem Vetter erzählt, der einige Meilen von der Stadt entfernt, tief im Walde eine Mühle besitze. Meine Tante, die sich in ihrer Jugend dort zuweilen wochenlang aufgehalten hatte, wußte vom stillen Leben im Tale so viel Trauliches zu erzählen, daß meine Sehnsucht, die dunkeln Eichenwälder zu durchwandern und den Hirschen und Rehen zuzuschauen, nicht gering war. Wenn ich den Vorhang mit der Mühle anschaute, so war es mir, als sei ich schon dort, ich durchwanderte das ganze Haus, setzte mich an das sprühende Mühlrad und konnte mit dem alten Müller dort im Fenster die vernünftigsten Gespräche führen. Schon bei einer frühern Krankheit waren diese beiden Vorhänge eine bedeutende Ressource für mich gewesen. Ich konnte mich bei der Ritterburg in romantische Träumereien einwiegen, mich in höhere Sphären versetzen, und stieg dann bei der Mühle wieder zur Wirklichkeit herab. Auch jetzt, sobald ich mein Bewußtsein wiedererlangt hatte, waren die beiden Landschaften das einzige, womit ich mich unterhalten mochte. Den mich umgebenden Personen, obgleich ich sie wohl erkannte, schenkte ich wenig Aufmerksamkeit; ich war zu schwach und angegriffen dazu, und wenn ich einige Minuten lang in meinen Landschaften spazieren gegangen war, schlief ich die Augen und schlief sachte wieder ein.

Daß alle Mitglieder des Hauses meiner Tante, sowie alle Gevatterinnen und nächsten Bekannten an meinem Schicksal innigen Anteil nahmen, kann man sich vorstellen. Die Großmutter hatte, was wohl seit zehn Jahren nicht vorgekommen war, ihren Tisch und Stuhl mit dem kattunenen Kissen von ihrer Stelle rücken und zu mir herausbringen lassen. Ja, sie war förmlich mit der silbernen Brille des französischen Generals und der kleinen Tabaksdose der seligen Gräfin ausgewandert, und nicht zu vergessen ihr Staatsarchiv, das sie unter dem Arme trug, hatte sie sich förmlich bei mir oben einquartiert. Es versteht sich von selbst, daß sie, als Haupt des Hauses, die ganze weibliche Einwohnerschaft nach sich zog und um sich versammelte. Durch diese ihre Aufopferung hatte meine Krankheit erst eine rechte Wichtigkeit bekommen. Die Schneiderwitwe, die zur Miete im dritten Stock wohnte, sowie die Frau des Schusters, der im Hintergebäude sein Leder verklopfte, waren täglich da, um sich nach meinem Befinden zu erkundigen, zarte Aufmerksamkeiten, die neben meinem Leben wohl dem guten Kaffee und den feinen Likören galten, die meine Tante bei solchen Veranlassungen freigebig spendete.

Wenn ich bis jetzt bei diesen Krankenbesuchen der Jungfer Schmiedin nicht gedachte, so möge man es mir nicht als Undank gegen diese würdige Person auslegen, vielmehr muß ich ihrer aufopfernden Tätigkeit mit einigen Worten extra gedenken. Als ich sie nach meinem Delirium zum erstenmal wieder erkannte — ich hatte der Burg sowie der Mühle eben einen kleinen Besuch abgestattet — da stand die Schmiedin am Fußende des Bettes mit einer umfangreichen Medizinflasche in der einen und einem silbernen Löffel in der andern Hand, wobei sie mich stumm betrachtete. Mir schien, als habe sich die Jungfer Schmiedin sehr verändert, sie sah auffallend bleß aus und ihre Toilette, die namentlich, was Hauben anbetraf, immer äußerst sauber war, kam mir heute gar nicht so geordnet vor, wie sonst. Ach, ich wußte nicht, daß es Spuren der vergangenen Nacht waren, in welcher die Jungfer Schmiedin bei mir am Bette gewacht! Großmutter thronte am Tische in stiller Majestät und wandte jetzt den Kopf nach meinem Bette, wobei sie die Brille etwas zurechtschob.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180510-13/fragment/page=0005

Kinder und Schulen beteiligt werden können. Jedenfalls ist das eine sehr glückliche Einrichtung, die um so mehr beachtet werden muß, als sie erst auf den Antrag unseres Parteigenossen Stadtverordneten Cummer hin geschaffen worden ist.

* **Hohe Geldstrafe.** Nach Mitteilung des Ersten Staatsanwalts ist der Gastwirt Hugo Prätorius, Delitzscher Straße 4, durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichtes wegen übermäßiger Preisforderung für Oel usw. zu einer Geldstrafe von zusammen 1050 M. oder 105 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

* **Strafkammer.** Die Arbeiter Johannes Hoffmann und Franz Ehelich waren 1917 bei der Firma Wipperfürth u. Co. tätig, der sie insgesamt etwa 120 Kilo Speiseöl entwendeten, wie sie selbst zugeben. Das Oel haben sie dann bei unzähligen Leuten verkauft und gute Preise erzielt. Bei den vorgenommenen Haussuchungen wurden 1270 Mark beschlagnahmt, die die Fabrik zurückerhielt, so daß sie keinen Schaden gehabt haben dürfte. Das Gericht billigte den Angeklagten nochmals mildernde Umstände zu und erkannte wegen schweren Diebstahls bei H. auf zwei Jahre Gefängnis, bei E. auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Doch wurde beschlossen, die auf freiem Fuße befindlichen Verurteilten sofort zu verhaften. — Der noch nicht bestrafte Grubenarbeiter Joseph Szuda sollte zwei Arbeitskollegen eine größere Anzahl Kleidungsstücke und dergleichen, sowie bares Geld entwendet haben. Doch gab er nur einen geringen Teil zu, ein Diebstahl konnte ihm überhaupt nicht nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von acht Wochen, worauf ihm sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. — Der Malermeister Karl Schubert war geständig, einem Maler in Bitterfeld 200 Mark gestohlen zu haben. Da der Bestohlene das Geld zurückerhalten hat und weil es der erste Rückfall des Angeklagten ist, erkannte das Gericht unter Zubilligung mildernder Umstände auf vier Monate Gefängnis. — Die noch junge Pflegerin Elsa Lorenz war geständig, in einem Gasthofe eine Reisedecke an sich genommen zu haben, die ein Reisender dort hatte liegen lassen, außerdem auch einer Frau ein silbernes Medaillon, das die Bestohlene aber wiedererhalten hat. Die Angeklagte wurde wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Freitag, „König für einen Tag", Sonnabend „Flachsmann als Erzieher", Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Kabale und Liebe", abends 7½ Uhr Erstaufführung der Operette „Die Rose von Stambul".

Aus der Provinz.

Straffreier Schleichhandel.

Eine weite Kreise, insbesondere die Rüstungsindustrie interessierende Entscheidung fällte die erste Strafkammer des Landgerichts I in Berlin.

Wegen Höchstpreisvergehen, Abgabe von Fleisch ohne Marken usw. waren der Fabrikbesitzer Otto Winkelmann, der Buchhalter Reinhold Hermann und der Betriebsbeamte Fritz Pohlmann angeklagt. Das Schöffengericht Neukölln hatte die drei Angeklagten zwar des objektiven Verstoßes gegen diese Verordnungen für schuldig befunden, sie aber trotzdem freigesprochen, und zwar mit folgender interessanter Begründung: „In den Fabriken von F. Schuchardt und des Angeklagten Winkelmann, in denen wichtige Heeresbedarfsartikel im großen hergestellt werden, halten die Arbeiter mit der Niederlegung der Arbeit gedroht, wenn ihnen nicht Fleisch oder Fleischwaren zur Verfügung gestellt würden. Die Angeklagten beschafften nun aus dem Schleichhandel ganz erhebliche Mengen Schweine- und Rindfleisch, das den Arbeitern weit unter dem eigenen Gestehungspreis zur Verfügung gestellt wurde. Hierin liegt objektiv ein Verstoß gegen jene Verordnungen. Die Angeklagten befanden sich nun in einer Zwangslage. Entweder sie begingen diesen Verstoß und stärkten damit den inneren Feind, die Schleichhändler, Lebensmittelwucherer und Schieber, oder aber sie setzten sich der dringenden Gefahr aus, daß die Arbeiter die Arbeit einstellen und wichtige Heeresbedarfsartikel, von deren rechtzeitiger Beschaffung unter Umständen das Gelingen einer militärischen Operation zur Niederringung des viel gefährlicheren äußeren Feindes abhängen kann, nicht fertiggestellt werden. In diesem Konflikt mußten die Angeklagten der höheren Gefahr begegnen, denn die militärischen Interessen gehen unter allen Umständen vor. Aus diesem Grunde müsse wohl objektiv, aber nicht subjektiv eine Verfehlung festgestellt und auf Freisprechung erkannt werden."

Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und vertrat den Standpunkt, daß man aus vaterländischem Interesse den Gründen des Schöffengerichts beipflichten könne, wenn es sich eben lediglich um Beschaffung von Fleisch für den Arbeiter selbst, für die Heimatarmee, die für die Kameraden draußen tätig ist, handeln würde. Etwas ganz anderes sei es aber, wenn dieses Fleisch auch an die kaufmännischen Angestellten, bis zum Prokuristen herauf, verteilt würde; dies bedinge die Strafbarkeit. Da die Verhandlung ergab, daß tatsächlich das Schleichhandelsfleisch nicht nur an Arbeiter geliefert worden war, erkannte die Strafkammer unter Aufhebung des freisprechenden Urteils auf Geldstrafen von 1000 Mark und 200 Mark.

•

Provinzial-Landtag.

Die Sitzung am Dienstag genehmigte den Haushaltsplan der Städte-Feuersozietät, wählte den Verwaltungsrat der Land-Feuersozietät wieder, bewilligte die in den Rechnungsjahren 1915/16 vorgekommenen Haushaltsüberschreitungen und wählte zwei ausscheidende Mitglieder der Rentenbank für die Provinz Sachsen wieder.

Weiterhin hatte der Provinzialausschuß folgendes beantragt: „Der Provinziallandtag wolle genehmigen, daß 1. in Erfurt von der dortigen Stadtgemeinde ein Grundstück an der Ecke der Epinaystraße und Mömpelgarder-Straße in einer Größe von etwa 4000 Quadratmeter zum Preise von 18 M. für den Quadratmeter erworben wird; 2. auf diesem Grundstück ein Neubau für die Provinzial-Taubstummenanstalt in Erfurt zu einem Kostenbetrage von 327 000 M. errichtet wird; 3. bei der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Halberstadt unter Aufhebung des Schulsitzes, dessen Räume zur Erweiterung der Klassenräume verwendet werden, und für den erforderlichen Umbau ein Betrag von 34 500 M. verausgabt wird; 4. bei der Provinzial-Taubstummenanstalt zu Weißenfels ein Schulsitz für 40 Zöglinge zum Kostenbetrage von 150 000 M. errichtet wird." Die Kommission bat mit 10 gegen 5 Stimmen den Neubau in Erfurt abgelehnt. Bei grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit war ihr das Grundstück zu teuer. Die Provinzialverwaltung möge Umschau nach billigeren Grundstücken halten und dann eine neue Vorlage unterbreiten. Nach längerer Diskussion wurde der Kommissionsantrag mit 58 gegen 52 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde dagegen wieder folgende offizielle Vorlage: „Der Provinziallandtag wolle genehmigen, daß behufs Erweiterung der Landeserziehungsanstalt Nordhausen 1. ein zweites Mädchenhaus für 36 Zöglinge mit einem Kostenaufwande von 118 500 M. errichtet, 2. ein im Grundbuche von Nordhausen, Bd. 17 Blatt 190 und Bd. 20 Blatt 355 eingetragenes Grundstück mit einer Gesamtfläche von 6.6067 Hektar zum Preise von 90 500 M. angekauft und der Gesamtbetrag von 206 000 M. aus einer aufzunehmenden Anleihe gedeckt wird."

Ueber die Haushaltspläne wurde en bloc abgestimmt. Sie gelangten zur Annahme. Es war dazu noch ein Antrag eingegangen, nach dem der Provinzialausschuß ermächtigt werden soll, für Kleinbahnzwecke einen weiteren Kredit von 2 Millionen Mark aufzunehmen. Auch dieser Antrag gelangte zur Annahme.

Merseburg. Die Ausgabe der Butter erfolgt Sonnabend, 11. Mai. Es werden zugeteilt: auf jede Kreisbettkarte 40 Gramm Butter zum Preise von 25 Pf., und auf jede Zusatzkartenmarke (mit dem roten Aufdruck K E und G) 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf.

— **Der Kleingeldmangel** beschäftigte jetzt den Kaufmännischen Verein und den Rabattsparverein in einer gemeinsamen Versammlung. Allgemein wurde anerkannt, daß das Stadt mit der Einführung der 5-, 10- und 50-Pf.-Scheine dem Kleingeldmangel hier wirksam abgeholfen habe. Dieses Kleingeld hat sich nach und nach auch im Kreise Merseburg eingebürgert und wird fast überall als willkommenes Zahlungsmittel benutzt. Es kommt es, daß namentlich die 50-Pf.-Scheine, die an und für sich nur in geringer Menge hergestellt worden sind, wieder allgemein verlangt werden. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, dem Magistrat zu empfehlen, die Gültigkeitsdauer der 5-, 10- und 50-Pf.-Scheine weiter zu verlängern und von der Anfertigung neuer Scheine abzusehen, dafür aber in Erwägung zu ziehen, dem Mangel an silbernen 50-Pf.-Stücken durch Ausgabe von geprägtem Stadtgeld abzuhelfen. Anerkannt wurde, daß auch die städtische Sparkasse bemüht war, durch Herschaffung von Kleingeld diesen Mangel hier nach Möglichkeit zu beseitigen.

Weißenfels. Die diesjährigen Pfingstferien an der Bürgerschule, den vier Volksschulen und der Hilfsschule finden vom 18. bis 23. Mai statt. Der Schluß des Unterrichts ist Freitag, den 17. Mai, der Wiederbeginn Freitag, 24. Mai. Am 17. Mai ist der Unterricht völlig durchzuhalten. Der Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule wird Freitag, 17. Mai abends 9 Uhr geschlossen und Freitag, 24. Mai wieder begonnen.

Naumburg. Geheimnisvolle Schreibmaschinendiebstähle. Nachdem schon vor einiger Zeit Spitzbuben zwei Schreibmaschinen aus den Kanzleiräumen des NOG.-Gebäudes entwendet hatten, haben gewiß dieselben Diebe, die genau mit den Oertlichkeiten vertraut sein müssen, dieser Tage wiederum zwei Schreibmaschinen mitgehen heißen, eine neue und eine ältere, die sie das vorige Mal, weil sie angeschraubt war, nicht mitgenommen hatten. Diesmal haben sie sich jedenfalls mit Werkzeug versehen gehabt und auch die alte Maschine losgeschraubt. Der Diebstahl geschah, trotzdem alles verschlossen war und trotz Sicherheitsvorkehrungen. Die Diebe sind diesmal von der zur Bahn führenden Fortsetzung der Romalstraße eingebrungen, durch das Pförtchen den Berg hinaufgestiegen und haben die verschlossenen Räume mittels Nachschlüssels oder Dietrich geöffnet. Bei einem Schlosse, in welchem zur Erschwerung des Aufschließens mittels Nachschlüssels der richtige Schlüssel innen im Schlosse stecken gelassen worden war, hat man den Schlüssel durchgestoßen. Auch bei dem ersten Diebstahl sind entgegen anderen Nachrichten, die sämtlichen Räume ordnungsmäßig verschlossen gewesen. Von den Dieben ist noch nichts ermittelt worden.

Zeitz. Pfingstferien. Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß zu den Pfingstferien der städtischen Schulen der Schulschluß Freitag, 17. Mai, der Schulanfang, Freitag, 24. Mai stattfindet.

Bitterfeld. Eierausgabe. In der Woche vom 5. bis 11. Mai wird auf die Eierkartenabschnitte 11, 12 und 13 an die Versorgungsberechtigten je ein Ei ausgegeben. Der Kreisausschuß macht hierbei die Kreiseingesessenen darauf aufmerksam, daß sie auf Zuteilung von Eiern nur in der jetzigen Hauptlegezeit der Hühner zu rechnen haben. Es liege also in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich rechtzeitig von den Eiern einige für den Winter einlegen. — Hierzu wird von anderer Seite noch folgendes geschrieben: Wie in vielen anderen Dingen, so ist der Kreis Bitterfeld auch im Bezug auf die Eierversorgung ein Zuschußkreis. Wenn daher in dieser Woche mehrere Eier auf einmal auf den Kopf der Versorgungsberechtigten ausgegeben werden können, so deutet dies mit darauf, daß uns eine größere Menge Eier von außerhalb zugewiesen worden ist. Diese Zuweisungen sind aber an die Bedingung geknüpft, daß der hiesige Kreis seinerseits die sich auferlegte Zahl Eier auch wirklich voll aufbringt. Die Zuweisungen von außerhalb würden daher sofort in Wegfall kommen, wenn dies nicht der Fall wäre.

Wittenberg. Aenderung der Freigabezeiten des Gasverbrauches. Infolge begründeter Anregung werden die Freigabezeiten für die Benutzung des von der Gasanstalt gelieferten Gases folgendermaßen geändert:

Morgens bis 7½ Uhr,
Abends von 6 Uhr an,
Mittags von 11 bis 1½ Uhr bleibt unverändert.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftlicher Wiederaufbau nach dem Kriege.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission gibt über die Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften seit Kriegsbeginn folgende Zahlen:

Jahr Ende:	Mitglieder-zahl:	davon männl. Mitgl.:	weibl. Mitgl.:
1913:	2 525 042	2 206 777	228 265
1914:	1 502 911	1 311 179	191 732
1915:	994 858	819 872	174 981
1916:	944 575	742 665	201 910
1917:	1 275 345	942 513	332 832

Selbstverständlich sind dabei die im Heeresdienste befindlichen Mitglieder nicht mitgerechnet. Die Zahl der gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen ging von 11 485 auf 9462 zurück. Das Vermögen der Gewerkschaften sank von 75 Millionen auf 65 Millionen Mark, den Metallarbeiterverband nicht eingerechnet, der seit 1916 keine Zahlen mehr über seinen Vermögensstand herausgibt. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft und der außerordentlichen Machtstärkung des Unternehmertums in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie bezeichnet das Korrespondenzblatt als dringendste Aufgabe für den Augenblick den sofortigen Wiederaufbau der Gewerkschaften. Sie müßten rechtzeitig für den Frieden rüsten; denn alles komme auf den ersten Augenblick an. Verlage die Gewerkschaftsorganisation in dem Moment, da die Massen auf den Friedensarbeitsmarkt zurückströmen, so ist ihr Werk auf Jahre hinaus geschädigt und zur Erfolglosigkeit verurteilt. Mit der Demobilisierung der Heere beginnt die Mobilmachung der Gewerkschaften.

•

14. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

f. r. Leipzig, den 8. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag beschäftigte sich heute zunächst mit der Schaffung einer Pensionskasse zur Unterstützung invalid gewordener Verbandsangestellten. Nach längerer Beratung wurde einer Vorlage des Vorstandes zugestimmt, nach der an im Dienste des Verbandes invalid gewordene Verbandsangestellte ein Unterstützungszuschuß gewährt werden kann. Dieser beträgt je nach der Anstellungsdauer 50 bis 100 M. monatlich. Die Unterstützung ist eine freiwillige, ein Klagerecht steht den Angestellten nicht zu, sie ist als Uebergang, bis die Angestelltenversicherung Unterstützung gewährt, gedacht. Später sollen die Bestimmungen entsprechend abgeändert werden.

Ein Antrag, daß den Angestellten des Verbandes, die eingezogen sind, nur noch ½ oder ¼ des Gehalts bezahlt wird, fand nicht die Mehrheit des Verbandstages. Die Unterstützung bleibt in der bisherigen Form bestehen.

Ueber den Reichstarif mit dem Zentralverband der Konsumvereine referierte Sekretär Lankes-Hamburg. Er gab ein Bild über den Stand der Tarifbewegung, berichtete über das Ergebnis der Konferenz der Genossenschaftsbäcker und begründete folgenden Antrag:

„In Anbetracht der ungewissen wirtschaftlichen Verhältnisse beschließt die Generalversammlung, die Erneuerung des Genossenschaftstarifs zurückzustellen. Der Vorstand wird beauftragt, mit den Tarifkontrahenten die Verlängerung des Tarifs auf ein Jahr zu bewirken."

Wider Erwarten drängte sich an das Referat eine längere Debatte, in der zahlreiche Redner für die Kündigung des Tarifs eintraten. Die jetzige Zeit sei für die Kündigung nicht ungünstig, wie die Verhältnisse in zwei Jahren seien, wäre sehr ungewiß. Der Tarif bedürfe aber dringend einer Abänderung. Die Mehrheit des Verbandstags trat dem Beschluß der Konsumbäckerkonferenz bei und nahm den Antrag Lankes an.

Dann erfolgte die Statutenberatung. Das einleitende Referat hielt Kassierer Frenzel-Hamburg. Er begründete ausführlich die Vorstandsvorlage auf Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen und präzisierte die Haltung des Vorstandes zu den hierzu vorliegenden Anträgen. Nach der Vorstandsvorlage sollen die Beiträge betragen je nach dem Wochenverdienst: 40 Pf. bei einem Verdienst bis 18 M. in der 1. Klasse und 1.50 M. bei einem Verdienst vor über 50 Mark in der 6. Klasse. Bisher betragen die Beiträge 30 Pf. bei einem Verdienst bis 14 M. in der untersten und 1 M. bei einem Verdienst über 33 M. in der obersten (6.) Klasse. Die Streik-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützungen sollen entsprechend erhöht werden, während die Krankenunterstützung künftig nur noch zwei Drittel der Arbeitslosenunterstützung betragen soll.

In der ausgedehnten Diskussion wurde der Vorlage des Vorstandes von einigen Rednern zugestimmt, von der Mehrzahl jedoch Abänderungsvorschläge gemacht. Einige Delegierte, wie die Hamburger, erklärten sich gegen eine Beitragserhöhung. Im allgemeinen wurde jedoch zugegeben, daß eine Erhöhung dringend notwendig ist, um den Verband für die kommenden Kämpfe zu rüsten. Der Gedanke, die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung abzubauen und die Streikunterstützung zu erhöhen, fand Anklang. Die sämtlichen Abänderungsanträge wurden schließlich einer Kommission überwiesen.

Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Aus der Partei.

Unabhängige Kriegskreditgeber.

Das Berliner Mitteilungsblatt bringt folgende interessante Feststellung:

Eines der beliebtesten Schlagworte der unabhängigen Redner ist, die Sozialdemokraten als Verräter zu bezeichnen, weil sie die Kriegskredite bewilligen. Nicht immer war es so; lange schwankten unsere jetzt so radikalen Herren, ob sie bewilligen oder nicht. Und die am längsten schwankten, schimpfen jetzt am meisten. So bewilligte Wurm schnell die Kredite, weil er im Falle seiner ablehnenden Haltung sein kostbares Leben von der Berliner Bevölkerung bedroht fühlte. Ledebour ist zu jeder Bewilligung bereit — wie er selbst sagte —, wenn unsere tapferen Soldaten nicht den Feind zurückgeschlagen hätten und dieser am Rhein oder an der Oder stände. Er verwahrte sich in einer Berliner Zentralvorstandssitzung in heller Empörung dagegen, daß irgend jemand patriotischer gesonnen wäre wie er. Aber selbst die Anhänger der Unabhängigen in Groß-Berlin sind nicht so arge Feinde des Staates, als wie sie immer hingestellt werden. Auch sie treten in der Stunde der Gefahr für ihr Vaterland ein.

So haben erst jetzt die Arbeiter auf dem Flugplatz Johannisthal ihren letzten Pfennig geopfert, um den Sieg Deutschlands sicherzustellen. Obwohl dort die große Mehrzahl der Arbeiter sich zu den Unabhängigen zählt, haben sie zu der letzten Kriegsanleihe 12 Millionen Mark aufgebracht, wobei sich die Dreher besonders hervorraten. Eine gewiß hochpatriotische Tat. Sind doch dort nur ca. 12 000 Arbeiter und ca. 3000 Angestellte beschäftigt. Es gibt darunter Arbeiter — und wie gesagt, die große Mehrheit ist unabhängig —, die sich bis zu 50 M. in der Woche abziehen lassen, nur um ihr Scherflein auf dem Altar für Deutschlands Sieg opfern zu dürfen. Wie auf dem Flugplatz die unabhängige Vaterlandsliebe sich so glänzend bewährt hat und durch unsere Siege im Westen wahrscheinlich erst recht warm emporloderte, so blieben aber auch die Arbeiter anderer Werke nicht hinter ihren unabhängigen Gesinnungsgenossen zurück. Die Arbeiter der A. E. G., Turbine, Huttenstraße, zeichneten ca. 150 000 Mark, auch die Drahtlose Telegraphie, Treptow, brachte erhebliche Summen auf, weil auch hier die Unabhängigen in der großen Mehrzahl sind. Man lasse also endlich die Kränkung der Unabhängigen, als wären sie nicht bereit, bei 5 Proz. Zinsen ihren letzten Pfennig für das Vaterland und für einen deutschen Sieg herzugeben. Sie reden zwar nicht gern darüber, aber sie beweisen ihre patriotische Begeisterung durch die Tat, und sie werden uns wahrscheinlich warm die Hand drücken, weil wir endlich, aussprechen, was ist.

Und — so möchten wir hinzufügen — wie in Berlin, so soll es auch anderwärts, insbesondere in der unabhängigen Hochburg Leipzig mit dem prinzipienfesten Parzenzchenreiser bestellt sein!

•

Einen eigenartigen Scherz

so schreibt das Sozialdemokratische Pressebureau, leistet sich die Leipziger Volkszeitung in einer ihrer letzten Nummern. Sie behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß in der Steuerfrage die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion dahin gingen, die Besitzenden vor hohen direkten Steuern zu beschützen. Das klingt so unglaublich, daß wir die Verpflichtung fühlen, diese Behauptung des „unabhängigen" Blattes wörtlich zu zitieren. Sie lautet:

Sie (die Sozialdemokraten) wollen sich beteiligen an der Steuermacherei der bürgerlichen Parteien, durch die das Glas Bier des Arbeiters verteuert wird, damit die Besitzenden nicht durch hohe direkte Steuern belästigt werden sollen.

Der drohende Verlust eines weiteren „unabhängigen" Mandats bei der Wahl im 18. sächsischen Kreise scheint die Leute von der Leipziger Volkszeitung um den letzten Rest von kritischer Bewertung ihrer Arbeit gebracht zu haben. Sonst hätten sie sich vergegenwärtigt, daß die von ihnen behauptete Wirkung der steuerlichen Entlastung von der „unabhängigen" Fraktion gerade die Unabhängigen haben nämlich gegen die direkte Besteuerung der Kriegsgewinne gestimmt, indem sie die den Besitz belastende Kriegsgewinnsteuer ablehnten, die nicht weniger als 5,7 Milliarden gebracht hat! Was die von der Leipzigerin herangezogene Biersteuer angeht, so ist von der sozialdemokratischen Fraktion bereits bei der ersten Beratung am 25. April erklärt worden, daß für sie die Biersteuer unannehmbar sei. Und die 6 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben demgemäß am Freitag in der Getränkesteuerkommission des Reichstages gegen den § 3 der Vorlage gestimmt, der die Mehrbelastung des Bieres um ungefähr 12 Pf. das Liter Vollbier bringen soll. Da man dies auch in Leipzig gewußt haben muß, hat man sich also einer Behauptung wider besseres Wissen, einer bewußten Lüge, schuldig gemacht.

Aber was der Humor bei der Sache ist: Nach dem entrüsteten Einspruch der Leipzigerin sollte man wenigstens annehmen, daß die „Unabhängigen" der „Steuermacherei der bürgerlichen Parteien" gegenüber früh und spät auf dem Posten seien und den Steuermachern scharf auf die Finger paßten. Ja, das sollte man annehmen! Was vermeldet aber statt dessen der Parlamentsbericht? Aufgepaßt:

Bei allen Abstimmungen über die einzelnen Steuerparagraphen, auch über den Bierparagraphen, hat das unabhängige Kommissionsmitglied der Unabhängigen, Herr Simon, durch Abwesenheit geglänzt, und zwar unentschuldigt. Er hat also nicht dagegen gestimmt, sondern hat die „bürgerliche Steuermacherei" bei der Abstimmung stillschweigend über die Arbeiterschaft ergehen lassen!

So stehen die Dinge! Die Wahlkämpfe der letzten Jahrzehnte bieten manches herzhafte Beispiel hanebüchener Tatsachenentstellung. Besonders die Geschichte der Wirksamkeit des Reichsverbandes ist reich daran. Den Vogel hat aber mit der vorstehend geschilderten Aktion die Leipziger Volkszeitung abgeschossen! Sie ist mit ihrer Polemik gegen die „Regierungssozialisten" allgemach in Bahnen geraten, in denen man sich über nichts mehr wundern darf. Den Anspruch, ernst genommen zu werden, hat sie ja seit langem fallen gelassen.

•

Die Beiträge verdoppelt. Eine am Sonntag in Bunzlau abgehaltene Kreiskonferenz für den Wahlkreis Bunzlau-Lüben beschloß einstimmig, den Monatsbeitrag für männliche Parteimitglieder von 30 auf 60 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 30 Pf. zu erhöhen. Die Zahl der Mitglieder stieg im vergangenen Jahr um rund 100 Prozent, von 326 auf 610, davon sind weibliche Mitglieder 385 gegen 115 im Vorjahre.

August Eckardt gefallen. Am 18. April fiel bei den Kämpfen im Westen der Genosse August Eckardt aus Salzungen. Er vertrat im Meininger Landtag seit 1918 den Wahlkreis Salzungen. August Eckardt war ein eifriger Verfechter der sozialdemokratischen Ideen. Seine Tätigkeit im Landtag gab zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß. Nun hat auch ihn der Weltkrieg dahingerafft. Seine Leiche liegt im Feuerbereich zwischen den feindlichen Linien und konnte noch nicht geborgen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180510-13/fragment/page=0006